



Philippinen: Gewalt ohne Ende?

Ansichten über den bewaffneten Konflikt auf Mindanao



Forum Ziviler Friedensdienst e.V.

Frieden braucht Visionen

Unsere Vision ist die einer Weltgesellschaft, die Ihre Konflikte ohne Gewalt austrägt. In Achtung vor dem Leben und der Würde des Menschen streben wir eine Kultur der Gewaltfreiheit an, in der Gegensätze gerecht und dauerhaft geregelt werden. Dazu tragen wir mit den Kenntnissen und Erfahrungen ziviler Konfliktbearbeitung bei.

Frieden braucht Fachleute

Wir bilden Menschen zu Fachkräften im Zivilen Friedensdienst aus und entsenden sie zur professionellen Konfliktbearbeitung in Krisenregionen. Gemeinsam mit dialogbereiten Partnern wirken sie mit an der Überwindung von Hass und Gewalt und dem Aufbau friedensfördernder Strukturen.

Im In- und Ausland setzt sich das *forum*ZFD mit seinen Mitgliedern für eine Abkehr von gewaltgestützter Politik, für die Stärkung ziviler Mittel in Staat und Gesellschaft und für eine demokratische Teilhabe aller sozialen, ethnischen und religiösen Gruppen ein.

In unserer Arbeit verbinden wir die fachliche Qualifizierung mit der praktischen Friedensarbeit und der politischer Einflussnahme. Die Erfahrungen aus diesen drei Arbeitsfeldern fließen ein in die Weiterentwicklung von Instrumenten und Methoden der gewaltfreien Konflikttransformation.

**Gewalt löst keine Probleme.
Es ist Zeit, dass wir in die Verwirklichung
des Friedens investieren.**

Philippinen: Gewalt ohne Ende?

Ansichten über den bewaffneten Konflikt auf Mindanao



Philippinen: Gewalt ohne Ende?
Ansichten über den bewaffneten Konflikt auf Mindanao

Herausgeber

Forum Ziviler Friedensdienst e.V.

Kontakt

Forum Ziviler Friedensdienst e.V. ■ Abteilung Projekte und Programme
Wesselstraße 12 ■ 53113 Bonn
Telefon: 02 28 85 02 96-50 ■ Fax: 02 28 85 02 96-99
kontakt@forumzfd.de ■ www.forumzfd.de

Redaktion

Henning Borchers, Lara Dammer, Jens Halve, Olivia Hannemann, Daniel
Jäger, Carsten Montag, Inge Sauren,


Bildnachweise

an den Bildern, außer Titelbilder: Charlie Saceda

Wissenschaftliche Beratung

Dr. Peter Kreuzer, Dr. Rainer Werning

Verlag

 **meinhardt** Verlag und Agentur
Magdeburgstraße 11 ■ 65510 Idstein ■ www.meinhardt.info

1. Auflage, Idstein, November 2010 ■ ISBN 978-3-933325-39-6

Inhalt

Vorwort	7
1 Historische Übersicht	8
1.1 Fast 40 Jahre Bürgerkrieg: Ein Ende in Aussicht? (Zainudin Malang)	8
1.2 Land, Kolonisierung und Konflikt in Mindanao (Francisco Lara Jr.)	12
1.3 Die Internationalisierung des Bangsamoro Konfliktes (Eric Guterrez)	15
2 Perspektiven des Konflikts	18
2.1 Die Berichterstattung über Mindanao: Einschätzungen und Perspektiven (Carolyn O. Arguillas)	18
2.2 Die Wahrnehmung des Mindanao-Konflikts in der philippinischen Bevölkerung (Charina Sanz)	22
2.3 Wege zum Frieden (Karl M. Gaspar, CSsR)	26
3 (Persönliche) Bestandsaufnahme	29
3.1 Interview mit Rexall Kaalim	29
3.2 Interview mit Lilybeth Ode Sulutan	31
4 Schritte in eine friedliche Zukunft	33
Anhang	36
Zu den Autorinnen und Autoren	36
Abkürzungs- und Begriffsverzeichnis	37
Ausgewählte weiterführende Literatur	38

Vorwort

Die Philippinen sind die jüngste und zugleich am weitesten entfernte Projektregion des *forumZFD*. Seit 2008 arbeiten wir dort und koordinieren von mittlerweile drei Büros aus unsere Aktivitäten mit lokalen Partnern auf der Insel Mindanao in den Philippinen.

Mit der vorliegenden Publikation richten wir die Aufmerksamkeit auf den Konflikt zwischen der Regierung und den Rebellengruppen der muslimischen Minderheit, der den Süden der Philippinen mit der Insel Mindanao seit mehr als 40 Jahren beeinflusst. International wird wenig über die gewaltsamen Auseinandersetzungen berichtet. Der Konflikt ist nicht im Fokus der Massenmedien, sodass nur wenige von der schwierigen Lebenssituation der Menschen wissen. Selbst in Davao, nur wenige Autostunden entfernt vom Hauptkonfliktgebiet, ist wenig darüber bekannt.

Mit dieser Publikation wollen wir dazu beitragen, dass diese Informationslücke im Ausland und in den Philippinen geschlossen wird. Menschen in den Philippinen erzählen ihre Sicht auf den Konflikt und die Situation in ihrem eigenen Land. Die Berichte verdeutlichen, wie unterschiedlich und teilweise widersprüchlich die Sichtweisen auf den Konflikt sind. Im letzten Beitrag verdeutlicht Inge Sauren, Programmleiterin des *forumZFD*, wie sie zusammen mit ihren Kolleginnen und Kollegen zur Bearbeitung des Konflikts konkret beiträgt.

Die Bearbeitung des Konflikts ist allerdings eine Aufgabe, die von den Menschen in den Philippinen selbst angepackt werden muss. Im Zivilen Friedensdienst können wir aber einen wichtigen Beitrag dazu leisten. Wenn sie zudem von der Situation und den Bemühungen der vielen Friedensaktivistinnen und Friedensaktivisten und der zivilgesellschaftlichen Kräfte in den Philippinen berichten, erfahren die Menschen vor Ort die so notwendige öffentliche Aufmerksamkeit, die sie brauchen, um den Konflikt langfristig zu lösen.



Carsten Montag
*Leiter der Abteilung Projekte und Programme
des Forum Ziviler Friedensdienst e. V.*



Jens Halve
Referent Südostasien

1 Historische Übersicht

1.1 Fast 40 Jahre Bürgerkrieg: Ein Ende in Aussicht?

Der Konflikt in Mindanao, im Süden der Philippinen, ist einer der längsten noch andauernden bewaffneten Konflikte Südostasiens. Vier Jahrzehnte nach seinem gewaltsamen Ausbruch leidet die Zivilbevölkerung nach wie vor unter regelmäßigen bewaffneten Auseinandersetzungen, unterbrochen von nur mehr oder weniger effektiven Waffenstillstandsvereinbarungen zwischen den Rebellenarmeen zuerst der Moro National Liberation Front (MNLF) und später der Moro Islamic Liberation Front (MILF) und dem philippinischen Militär (AFP). Über eine halbe Million Menschen flohen 2008 vor erneut ausbrechenden Zusammenstößen – ein trauriger Rekord, denn dies war laut dem International Displacement Monitoring Centre in Genf die in diesem Jahr weltweit höchste Zahl an Flüchtlingen in innerstaatlichen Konflikten.

Die Friedensverhandlungen zwischen der philippinischen Regierung (GRP) und den Rebellen dauern indes fast genauso lange an: Das erste Friedensabkommen wurde 1976 unterzeichnet, eine Reihe weiterer Vereinbarungen folgte. 30 Jahre später ist die Beendigung des Konfliktes und damit die Verminderung des Leidens der Bevölkerung, vor allem aufseiten der muslimischen Minderheit, trotzdem nicht absehbar.

Zum einen ist der entschiedene Widerstand mächtiger konservativer Akteure der christlichen Bevölkerungsmehrheit zu nennen, sowohl innerhalb als auch außerhalb der zentralistischen Regierung in Manila. Für sie bedeutet jegliche Forderung der muslimischen Minderheit nach selbstbestimmter Regierungsführung eine Bedrohung ihrer politischen und ökonomischen Interessen in Mindanao und eine Gefährdung der konventionellen Vorstellung eines einheitlichen philippinischen Nationalstaats. Macht und Mittel der Gegner eines umfassenden Friedensabkommens übertreffen bei Weitem die Durchsetzungsfähigkeit der Fürsprecher einer gerechten und friedlichen Lösung, welche die Grundursachen des Konflikts erfassen muss. Auch auf regionaler Ebene nutzt das konservative Lager beständig seinen Einfluss, um die gewissenhafte Umsetzung von Vereinbarungen zwischen der Regierung und den Rebellen entweder zu verhindern oder Versuche zur Unterzeichnung solcher Vereinbarungen zu boykottieren.

Zum anderen erschwert eine Kombination aus weitverbreiteten Vorurteilen der christlichen Mehrheitsgesellschaft gegenüber der muslimischen Minderheit und einem fehlenden Bewusstsein für die Ursachen des Konflikts und das Leid der betroffenen Bevölkerungsgruppen eine nüchterne Einschätzung möglicher Lösungsansätze. Der Manipulation der öffentlichen Meinung und der Vereinnahmung des Friedensprozesses durch konservative Kräfte ist dadurch ein einfacher Weg bereitet. Zweckgemäß wird der Konflikt als reines Sicherheitsproblem dargestellt, dem nur durch rigoroses militärisches Vorgehen begegnet werden könne. Versuche hingegen, sich mit dem Kernproblem auseinanderzusetzen, werden von den Konservativen als Ausverkauf der nationalen Interessen verurteilt, was die Mehrheit bereitwillig akzeptiert.

Ein weiterer Grund für das Ausbleiben einer stabilen und dauerhaften Lösung liegt in dem Mangel eines differenzierten Verständnisses über die Hintergründe des Konflikts, wodurch Vorurteile und Ignoranz aufrechterhalten und gefestigt werden. Wie in anderen innerstaatlichen Konflikten wird die Konstruktion der geschichtlichen Wahrheit in erster Linie von den dominierenden Bevölkerungsgruppen geformt und ausgestaltet, durch die typische Medienrhetorik, einseitige Geschichtsbücher und entsprechende Lehrpläne in Bildungseinrichtungen. Eine größere Anhängerschaft für einen echten Friedensprozess zu gewinnen, wird jedoch zu einem schwierigen Unterfangen, wenn die öffentlich-konventionelle Wahrnehmung durch die Interessen und die Voreingenommenheit der Meinungsmacher geprägt wird. Alternative Sichtweisen, die über Kosten des Konflikts und Vorteile einer friedlichen Lösung aufklären, werden selten zugelassen. Ironischerweise berichten philippinische Medien mehr über humanitäre Notsituationen in anderen Teilen der Welt als über die Krise im eigenen Land. So ist das Interesse der breiten Öffentlichkeit an Mindanao in den Philippinen selbst gering.



Die drei Hauptregionen der Philippinen: Luzon mit der Hauptstadt Manila, die Visayas mit den Inselgruppen um Negros und Samar sowie Mindanao

Es ist ein komplexes Zusammenwirken von mehreren vielschichtigen und sich gegenseitig verstärkenden Faktoren, das bis heute einen dauerhaften Frieden verhindert hat.

»Dieser Konflikt wird noch ewig so weitergehen, denn es ist zu viel Geld im Spiel. Die Regierung und die MILF halten ihn absichtlich aufrecht – nicht für Unabhängigkeit, nicht für Freiheit, sondern für den Profit.«

Ein muslimischer Student aus der Provinz Lanao del Sur, Autonome Region Muslimisches Mindanao (ARMM)

Die genannten Gründe beschreiben, obgleich nicht erschöpfend, die zentralen Faktoren, die den Prozess zu einer gewaltlosen und langfristigen Beendigung des Konflikts immer wieder verzögern. Jeder einzelne Faktor stellt bereits ein erhebliches Hindernis dar; wirken sie zusammen, entstehen neue, umso undurchdringlicher erscheinende Probleme. So erschwert beispielsweise das Fehlen einer gemeinsamen Geschichtsschreibung die Formierung eines starken und geeinten Friedensbündnisses, was konservative Kräfte wiederum zweckdienlich auszunutzen wissen. Ein aktuelles Beispiel dieser Wirkungskette ist das Schicksal des 2008 gescheiterten Memorandum of Agreement on Ancestral Domain (MoA-AD).

Das Scheitern des MoA-AD und seine Folgen

Das MoA-AD (siehe Infokasten auf S. 11) als zentraler Schritt in Richtung eines endgültigen Friedensvertrages schien alle widersprüchlichen Interessen der Konfliktparteien auf-

zugreifen. Einerseits wurden die Forderungen der Moro nach weitgehender Selbstverwaltung und Kontrolle ihrer verbleibenden angestammten Siedlungsgebiete und natürlichen Ressourcen berücksichtigt. Gleichzeitig sollte es die Wahrung der von der Regierung mit Verweis auf die Verfassung als unanfechtbar postulierten territorialen Integrität der Philippinen sicherstellen und die Sicherheit christlicher Siedler und ihres in den muslimisch dominierten Gebieten erworbenen Privatbesitzes garantieren. Die Anliegen der nicht-muslimischen indigenen Bevölkerung, der Lumad, waren ebenso Gegenstand des Abkommens – ihnen sollte, ebenso wie der muslimischen Minderheit, den Moro, der sogenannte »First Nation«-Status zuerkannt werden.

Das MoA-AD hatte somit das Potenzial einer idealen Kompromisslösung. Doch so weit kam es nicht.

Kurz vor der Verabschiedung der Vereinbarung mobilisierten einflussreiche Gegner mithilfe umfassender politischer und wirtschaftlicher Ressourcen die nationale Öffentlichkeit gegen die offizielle Unterzeichnung des Abkommens. Tatsachen wurden verfälscht und nationalistische Stimmen verbreiteten Szenarios einer Balkanisierung der Philippinen. Aus Furcht vor dem Verlust ihres politischen Einflusses und der Kontrolle in den betreffenden Gebieten schürten auch Lokalpolitiker bestehende Ängste in der Bevölkerung. In öffentlichen Foren wurde behauptet, das MoA-AD würde Christen von ihrem Grund und Boden vertreiben.

Vor allem Frauen, Alte und Kinder leiden unter dem Konflikt und der wiederholten Vertreibung aus ihren Heimatdörfern



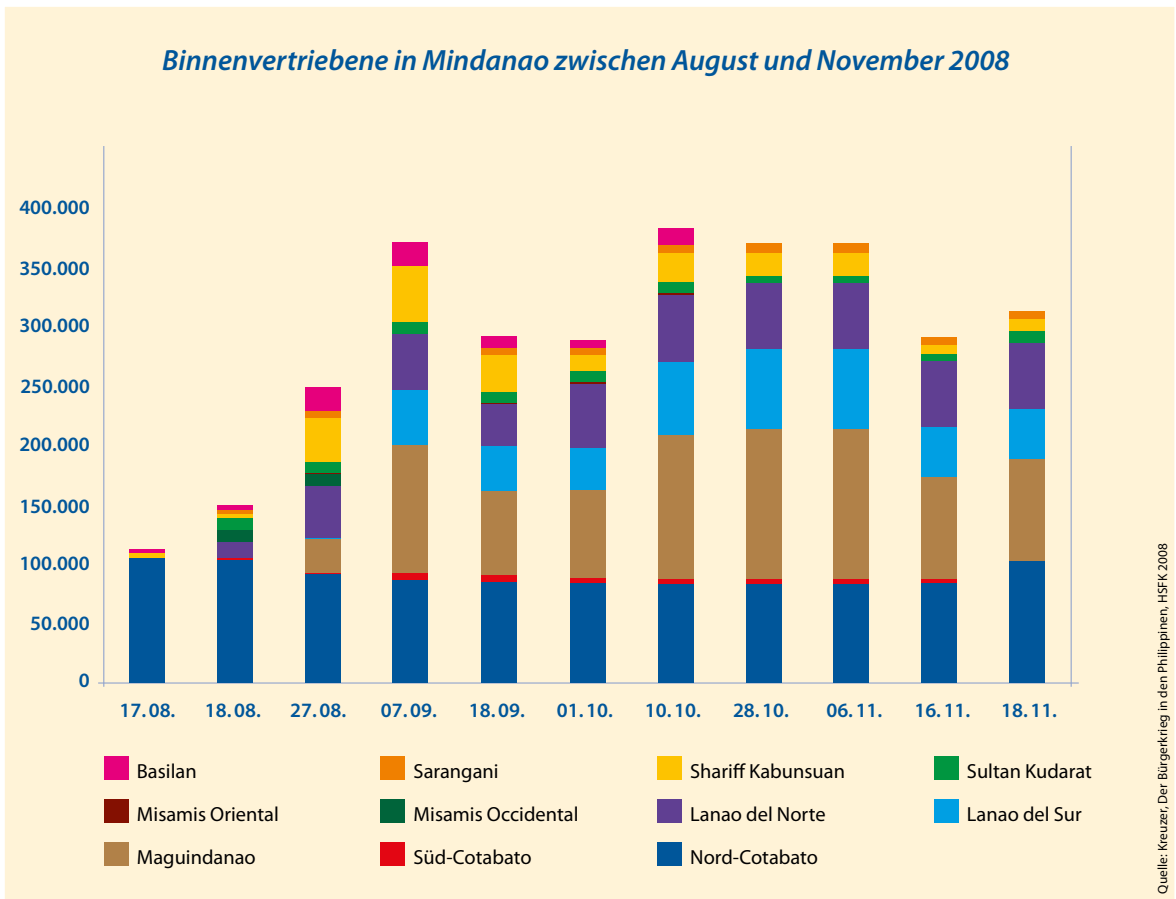
© Charlie Saceda



GANZE DÖRFER WURDEN NACH DEM SCHEITERN DES MOA-AD 2008 NIEDERGEBRANNT

Bei der Mehrheit, deren Sichtweise ohnehin von einer einseitigen Darstellung des Konflikts geprägt ist, verfehlte die Propaganda ihre Wirkung nicht. Anstatt die Öffentlichkeit über Tatsachen zu informieren und sich um Berichtigung

zu bemühen, trugen die Massenmedien, die bis dahin die Pressemitteilungen der Friedensunterhändler ignoriert hatten, eher dazu bei, Falschdarstellungen zu verbreiten. Radiosender kündigten die Unterwerfung selbst christlich dominierter Gemeinden unter islamisches Recht an. Selbst Teile der indigenen Bevölkerung, die faktisch von dem Abkommen profitiert hätten, wurden überzeugt, dass sie aus ihren Siedlungsgebieten vertrieben werden würden. Unterstützt wurde die Gegenkampagne von konzertierten Anstrengungen einflussreicher Unternehmer und Investoren, die einen Großteil potenzieller Gewinne gefährdet sehen, sollte die Minderheit die Kontrolle über die verbleibenden natürlichen Ressourcen zurückgewinnen. Die damalige philippinische Präsidentin Gloria Macapagal-Arroyo gab dem enormen Druck nach und verwarf das Projekt endgültig, als das Oberste Gericht im August 2008 auf Antrag christlicher Lokalpolitiker entschied, die Unterzeichnung des MoA-AD zu suspendieren. In den umstrittenen Gebieten entbrannten daraufhin Kämpfe, die sich zu dem Krieg entwickelten, der im Jahr 2008 die meisten Binnenflüchtlinge weltweit zur Folge hatte. Selbst zu diesem Zeitpunkt wurde in den nationalen Medien kaum differenziert über die von den Vereinten Nationen als »komplexe humanitäre Notlage« beschrie-



bene Krise berichtet. Die Gewalt wurde als Randalie der Rebellen abgehandelt, ohne die Logik der Reaktionen auf das langwierig verhandelte und schließlich einseitig ausgesetzte Abkommen zu erörtern.

Die aktuelle Situation

Seit GRP und MILF im Juli 2009 einen Waffenstillstand vereinbart haben, befindet sich der Konflikt in einer erneuten Verhandlungsphase. Bisher führte die Wiederaufnahme der offiziellen Friedensgespräche jedoch zu keinen substanziellen Ergebnissen, zumal konservative Kräfte ihren Einfluss unvermindert geltend machen.

Andererseits versuchen zivilgesellschaftliche Organisationen, deren Bemühungen um eine gewaltlose Konfliktlösung von dem enormen Widerstand gegen das MoA-AD zunichtegemacht wurden, sich neu zu gruppieren und ihre Kampagnen zu reorganisieren. Wohl wissend, dass ein stabiler Friedensprozess eines breiten, gut informierten Unterstützerkreises bedarf, suchen Friedensinitiativen nach Verbündeten und schaffen Allianzen im In- und Ausland. Je länger der Friedensprozess jedoch ohne Ergebnis bleibt, umso mehr verliert er seine Glaubwürdigkeit, und die Gefahr wächst, dass für beide Seiten eine gewaltsame Lösung rationaler erscheint. So wie sich die MILF nach dem gescheiterten Friedensvertrag zwischen der philippinischen Regierung und der MNLF von Letzterer abspaltete und deren bewaffneten Kampf übernahm, besteht nun die Gefahr, dass sich angesichts der schleppenden Verhandlungen radikale Gruppierungen von der MILF loslösen und sich komplett vom Versuch einer Kompromisslösung abwenden.

Trotz allem sind auch positive Entwicklungen zu verzeichnen. Dazu zählt die erhöhte internationale Aufmerksamkeit sowohl staatlicher als auch nichtstaatlicher Institutionen und Organisationen. Beide Seiten haben vereinbart, einflussreiche Regierungen zu den Verhandlungen einzuladen, deren Präsenz und Konsultation kohärente Gespräche garantieren soll, die auch konservative Kräfte nur schwer ignorieren können. Dieser bereits formierten International Contact Group (ICG) gehören neben Regierungsvertretern Japans, Großbritanniens und der Türkei auch Vertreter internationaler Nichtregierungsorganisationen (NGOs) an. Darüber hinaus haben die Komitees beschlossen, das International Monitoring Team (IMT), welches den Waffenstillstand überwacht, um eine sogenannte Civilian Protection Component (CPC) zu erweitern. Zwar verfügt die aus lokalen und internationalen NGOs bestehende CPC nicht über das weitreichende Mandat einer Friedensmission. Sie kann aber dennoch mitwirken, die Einhaltung der Verpflichtungen gemäß dem Humanitären Völkerrecht und den Internationalen Menschenrechtskonventionen sowohl durch die Rebellen als auch durch die Regierung zu überwachen.

Beide Neuerungen sind in der Tat ermutigende Zeichen, da der Friedensprozess angesichts der wirtschaftlichen und politischen Interessen, die für seine Gegner auf dem Spiel stehen, ohne erhöhten Druck und verstärktes Engagement vonseiten der internationalen Staatengemeinschaft nicht voranschreiten kann. Der Forderung nach Aufrichtigkeit muss von politischer Seite Rechnung getragen werden. Die für das Gelingen einer Kompromisslösung erforderliche Unterstützung der Bevölkerung kann indes nur gewonnen werden, wenn tief verwurzelte Vorurteile überwunden und ein differenziertes Bewusstsein und Verständnis für die historischen Ursachen des Konflikts in der Bevölkerung geschaffen werden. Dies muss Aufgabe aller Friedensinitiativen sein. ■

Zainudin Malang

Streitpunkt MoA-AD

Die 1997 begonnenen Waffenstillstandsgespräche zwischen Vertretern der philippinischen Regierung und der MILF wurden 2001 zu Friedensverhandlungen ausgeweitet. So kam das Memorandum über die Vereinbarung des Landes der Ahnen, das MoA-AD, als letzte Vorstufe einer umfassenden friedensvertraglichen Regelung zustande. Bei dieser Roadmap in Richtung Frieden handelt es sich um Konsenspunkte zwischen den Vertragspartnern, worüber letztlich auch Nicht-Muslime und Angehörige der indigenen Völker mitentscheiden sollen.

Kernpunkte des MoA-AD sind: Der muslimischen Bevölkerung in Mindanao, dem Sulu-Archipel mit der Hauptinsel Jolo sowie Palawan wird das Recht zugestanden, als »Bangsamoro« ihre eigene Identität zu wahren und innerhalb ihres Gebietes ihre eigenen Rechte auszuüben. Diese Selbstregierung trägt den vorläufigen Namen »Bangsamoro Rechtseinheit«, kurz BJE. In zusätzlichen Anhängen enthält das MoA-AD Listen der Dörfer, die durch Volksentscheid über ihre Zugehörigkeit zu diesem Gebiet entscheiden sollen. Die detaillierten Befugnisse der BJE sowie die genaue Nutzung ihrer Ressourcen sind erst nach Unterzeichnung des MoA-AD festzulegen.

Dieser Prozess sollte ursprünglich bis Ende November 2008 in einen rechtsverbindlichen Friedensvertrag münden. Allerdings wurde die Unterzeichnung des MoA-AD im August 2008 durch den Obersten Gerichtshof der Philippinen gestoppt, welcher das Abkommen schließlich wegen Intransparenz des Verhandlungsprozesses als nicht verfassungskonform einstufte. Die Kontrahenten griffen in der Folge wieder zu den Waffen.

1.2 Land, Kolonisierung und Konflikt in Mindanao

Der Konflikt in Mindanao lässt sich auf die Zeit vor Verhängung des Kriegsrechts in den späten 1960er Jahren zurückführen, als die Moro-Jugend und ihre politischen Wortführer das Ende von Diskriminierung und Unterdrückung sowie die Rückgabe ihrer angestammten Siedlungsgebiete forderten. Diese Spannungen finden über die Jahrhunderte hinweg ihren Widerhall in den Kämpfen der Bangsamoro (Nation der Moro) gegen die spanische und amerikanische Kolonisierung ihres Landes, ihrer natürlichen Ressourcen und ihrer Lebensweise.

Vor der spanischen Kolonisierung im sechzehnten Jahrhundert herrschten die Sultanate über weite Teile Mindanaos sowie viele der Handelsniederlassungen im heutigen Ost-Malaysia. Die Sultanate trieben Handel mit anderen feudalen Monarchien in der malaiischen Region. Der Warenaustausch erstreckte sich bis nach China und Indien sowie zur arabischen Halbinsel und den Häfen des östlichen Mittelmeers einschließlich Ägypten und Ostafrika. Unterdessen wurden viele indigene Gemeinden im nördlichen, mittleren und westlichen Teil Mindanaos von den Sultanaten, die ein weitläufiges Territorium in einem, verglichen mit den nördlichen Inseln des Archipels, zu dieser Zeit hohen Grad an politischer Organisation verwalteten, islamisiert. Andere konvertierten nur zum Teil, um der Sklaverei zu entgehen oder Mischehen mit anderen Muslimen schließen zu können.

Von Mindanao aus reichte die Verfügungsgewalt des Sultans im Archipel bis nach Palawan im Westen und Luzon im Norden – Gebiete, von denen einige als Teil des erweiterten Mindanao, das manche der Moro-Führer als ihr ursprüngliches Heimatland beanspruchen, verstanden werden. Die Sultanate und ihre königlichen Familien lebten von den Geschenken, Abgaben, Zöllen und Zahlungen ihrer loyalen Datu (fürstliche Oberhäupter) und deren Clans, die Landwirtschaft und Handel betrieben, in der Regel mithilfe von Sklaven, die sie von ihren Überfällen und Beutezügen bis weit in die Molukken und die Visayas, auf Luzon und Palawan nach Mindanao brachten.

Das Land war im Prinzip Gemeinbesitz, und die Nutzung wurde lokal verwaltet. Als im neunzehnten Jahrhundert die amerikanischen Kolonialherren ins Land kamen, verfügten selbst arme Bauern und Sklaven über Land, um Nahrungsmittel anzubauen und einen Überschuss zu erwirtschaften, ein Haus zu bauen und eine Familie zu gründen. Das Leben spielte sich in einem ausgedehnten Netzwerk von Sultanen, Datu und Ulama (muslimische Geistliche) sowie deren Familien und Clans ab. Diese Netzwerke beinhalteten eine Machthierarchie, ein Obrigkeitssystem und eine Struktur für die Organisation von Landwirtschaft und Nahrungsmittelherzeugung, Unterkunft und Bautätigkeit, Handwerk und Handel sowie Selbstverteidigung.

Die spanischen Kolonisatoren konnten in Mindanao nie Fuß fassen, etablierten aber ein Hazienda-System der Großgrundbesitzer auf der nördlichen Insel Luzon und auf den Visayas, der mittleren philippinischen Inselgruppe, um Nahrungsmittel und andere Produkte für das Kolonialregime anzubauen und den profitablen Seehandel mit Fasern, Tabak, Gewürzen und wertvollen Mineralen betreiben zu können. Die amerikanischen Kolonisatoren, mit den vorhandenen Strukturen in Mindanao konfrontiert, begannen bald mithilfe militärischer Dominanz die lokalen Datu-Eliten entsprechend ihren Vorstellungen zu »bändigen«. Im zwanzigsten Jahrhundert führten sie das Hazienda-System in nicht islamisierten Teilen Mindanaos ein und errichteten große Kautschuk-, Ananas-, Bananen- und Kokosnuss-Plantagen für den Export. Die Haciendas und Plantagen existierten nebeneinander mit Subsistenzwirtschaft und Landwirtschaft in kleinem Rahmen.

Die amerikanischen Kolonisatoren führten ein System privater Eigentumsrechte ein, das die vorkolonialen Systeme der Verwaltung von Ländereien außer Kraft setzte. Dokumente und Landtitel wurden in der Sprache der Kolonisatoren ausgestellt, was zur Marginalisierung und Enteignung der einheimischen Bevölkerung beitrug. Die kommunale Landnutzung wurde abgeschafft zugunsten einer Produktion in großen Arealen durch landlose Bauern und Landarbeiter. Die Zusammenlegung und Nutzung des Landes für eine Produktion in großem Stil sowie die Einführung von Landbesitzrechten bildeten später die Basis für die Forderung überhöhter Pachten und die Landaneignung, unter amerikanischer Kolonialherrschaft vorwiegend zum Leidwesen der nicht islamisierten indigenen Bevölkerung.

Wachsender Widerstand vonseiten der Lokalbevölkerung gegen die amerikanische Präsenz in Mindanao führte schließlich zu gewaltsamen Militäraktionen gegen die Moro-Gemeinden in Sulu, Tawi-Tawi, Zamboanga, Dansalan und Cotabato, die es der Kolonialadministration in der Folge ermöglichten, die gesamte Region zu unterwerfen. Die Moro-Rebellen wurden »gebändigt«, indem man Abkommen mit den Sultanen und der übrigen Moro-Elite traf und so den Weg für Mindanaos schrittweise Eingliederung in die Kolonial- und spätere Zentralverwaltung in Manila bereitete.

Die Moro-Clans und die verschiedenen indigenen Stämme Mindanaos reagierten unterschiedlich auf die Gefahr der Landnahme. Auf Moro-Seite sicherten sich einige Datu umgehend einen Rechtsanspruch auf ihr Land. Die arme Mehrheit der Moro und die indigene Bevölkerung jedoch ignorierten die vom US-Kolonialregime zwischen 1900 und 1936 verabschiedeten Landgesetze oder weigerten sich, sie zu akzeptieren, weil sie die christlichen Siedler begünstigten und die Moro und andere indigene Bevölkerungsgruppen systematisch diskriminierten. Sie hielten weiter an dem althergebrachten, kommunalen System fest, das die Landnutzung im Einklang mit ihrer Religion



Trotz fruchtbaren Landes und reichhaltiger Bodenschätze gehören die Konfliktgebiete bis heute zu den ärmsten Regionen der Philippinen

und ihren Traditionen regelte. Dies erwies sich sowohl für die Moro als auch für die später mit dem Sammelbegriff Lumad bezeichneten nicht islamisierten indigenen Gemeinschaften als folgenschwer, da ihnen ihr fruchtbares Land von den Landwirtschaft betreibenden Siedlern aus den nördlichen und mittleren Landesteilen, von lokalen und multinationalen Unternehmen sowie den Moro-Eliten aberkannt wurde.

In der kurzen Zeitspanne zwischen 1907 und 1940 verwandelten sich viele Teile Mindanaos in eine Investitions-oase für amerikanische Unternehmen; am Anfang in erster Linie für Firmen, die sich auf die Holzbranche, den Bergbau und die industrielle Erzeugung von Ananas, Abaka, Zucker und Kautschuk konzentrierten. Nach dem Zweiten Weltkrieg übergab die US-Regierung das gesamte Territorium und die Regierungsgewalt den nordphilippinischen Eliten und der Datu-Aristokratie.

In der Nachkriegszeit führten weitere Migrationswellen christlicher Siedler dazu, dass die Lumad und die Moro-

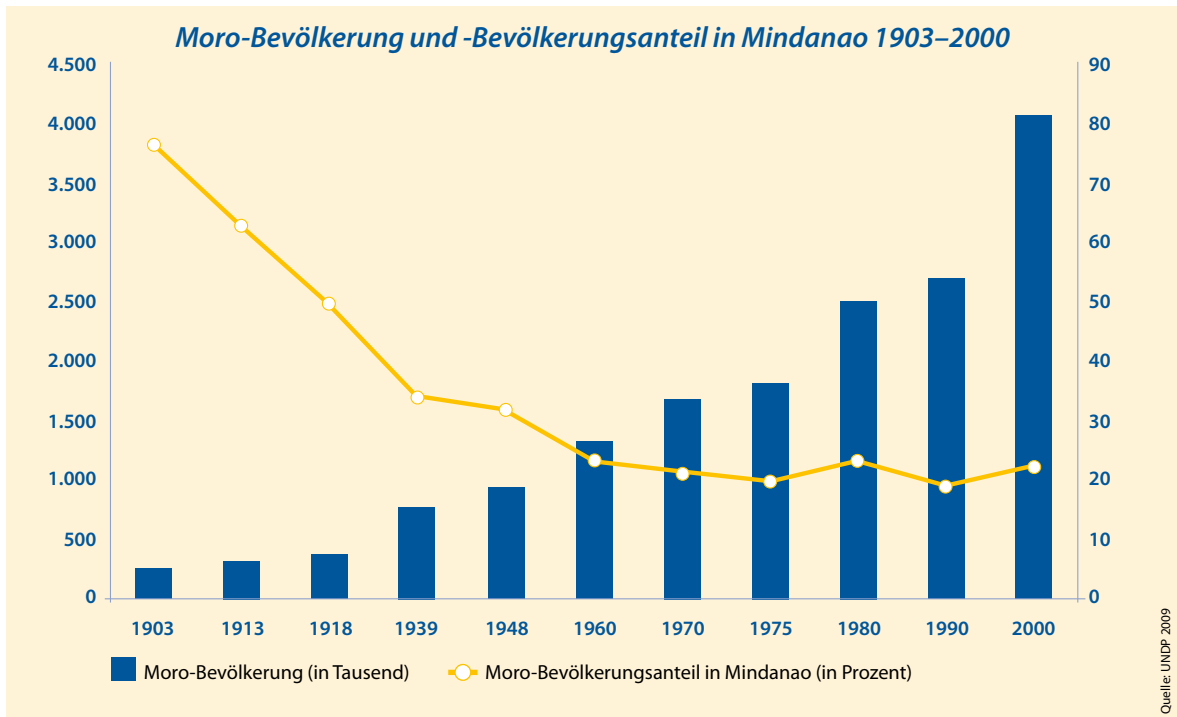
Bevölkerung zu Minderheiten wurden, immer mehr Land in den Besitz der Neuankömmlinge geriet und die Feindseligkeiten zwischen den muslimischen und christlichen Gemeinden weiter eskalierten. Die Auseinandersetzungen, die als ethnisch-religiöser Konflikt dargestellt wurden, begünstigten die weitere Kolonisierung Mindanaos und die Marginalisierung der Moro und Lumad, obwohl die Insel nach Erlangen der Unabhängigkeit im Jahr 1946 nun von einem zentralen philippinischen Staat unter der Führung der landbesitzenden und unternehmerischen Elite von Manila aus verwaltet wurde.

Die nächste Siedlerwelle überschwemmte Mindanao in den 1950er Jahren. Begleitend zur Strategie der Magsaysay-Regierung, Bauern Gehöfte zuzuweisen, um den zunehmenden kommunistischen Bauernaufständen in Luzon und auf den Visayas Einhalt zu gebieten, siedelten spontan viele andere Familien aus dem Norden nach Mindanao über. So wurden nach dem Zweiten Weltkrieg die Gebiete, die am Rande des von Moro-Bauern und -Fischern bewohnten und bestellten Landes lagen (hauptsächlich in den nördlichen, westlichen und südlichen Teilen Mindanaos), durch diese neuen Ansiedlungen bedroht.

Die unmittelbare Nähe der Siedler aus dem Norden zu den Moro-Gemeinden führte in den 1960er Jahren zu einer weiteren Verschärfung des Konflikts, insbesondere durch die in diesen Jahren gegründeten Milizen. So befürworteten zum Beispiel die Ilagas (»Ratten«), eine bewaffnete Gruppe mit Verbindungen zu Nicht-Moro-Politikern und -Eliten, die Vertreibung der ursprünglichen Einwohner. Andererseits stellten die Blackshirts und Baracudas, bewaffnete Milizengruppen mit Verbindungen zu mächtigen Moro-Clans, eine Bedrohung für die Interessen und die Sicherheit der nördlichen Siedler und der in die Region investierenden Privatunternehmen dar.

Diese Ereignisse bilden den Hintergrund der Gewalteskalation in den späten 1960er und frühen 1970er Jahren. Einer der Auslöser war 1968 das »Jabidah«-Massaker an einer Gruppe von Moro-Rekruten, die zunächst von der philippinischen Armee für die Invasion von Sabah (Malaysia) ausgebildet worden waren, dann aber wegen Befehlsverweigerung vom Militär ermordet wurden. Infolge dieses Ereignisses, das maßgeblich zur Wahrnehmung eines religiösen Konfliktes und entsprechender Identitätsbildung beitrug, gründete sich die Moro National Liberation Front (MNLF), und einer der gegenwärtig am längsten währenden Bürgerkriege nahm seinen Anfang.

Zeitgleich hatte sich das demografische Profil Mindanaos deutlich verändert. Durch die verschiedenen Siedlerwellen hatte sich die Bevölkerung Mindanaos bis zum Zeitpunkt der MNLF-Gründung verdreifacht. Allerdings waren Anfang der 1970er Jahre nur noch etwas über 20 Prozent der Bevölkerung Muslime – zu Beginn des 20. Jahrhunderts lag der Anteil noch bei etwa 80 Prozent.



Auch wirtschaftlich machte sich die externe Kontrolle der Ressourcen bemerkbar. In den Jahren zwischen 1970 und 2000 führten der Vertragsanbau und die Einführung der Hybridisierung von Nutzpflanzen zu einem vermehrten Zufluss von transnationalem Kapital und zur weiteren Integration Mindanaos in die Weltwirtschaft. Der Sektor der Nahrungsmittelverarbeitung expandierte parallel zum Wachstum der Industrie- und Produktionsunternehmen sowie zum Investitionszuwachs in Mindanao. Die Gebiete jedoch, die zum muslimischen Teil Mindanaos zählten, hatten kaum Anteil an der Expansion der Agrarindustrie – aufgrund des Konflikts wurden sie umgangen; die Gewinne aus der Erweiterung großer Industrieprojekte, zum Beispiel im Bereich der integrierten Stahlerzeugung, der petrochemischen Papier- und Holzindustrie, der Fischverarbeitung, des Bergbaus und der Energieerzeugung, strichen die südlichen Teile Mindanaos und die Gebiete im mittleren Norden ein. Die Tatsache, dass die muslimischen Teile Mindanaos wenig Anteil am Wirtschaftswachstum hatten, zeigt sich heute in großen Unterschieden bei Lebenserwartung, Bildung, Armutsquote und Arbeitslosenrate. Beispielsweise beträgt die Lebenserwartung bei der Geburt in vier der Provinzen der ARMM lediglich zwischen 53 und 58 Jahre, im Landesdurchschnitt hingegen über 70 Jahre. Die daraus resultierenden sozialen Disparitäten sicherten den lokalen Warlords und Datu mehr Macht und soziale Kontrolle, da sie zum einen Sicherheit und Unterstützung garantieren können, andererseits aber so auch verstärkt – und nicht selten mithilfe von Gewalt – ihre eigenen politischen und wirtschaftlichen Interessen verfolgen können, wobei sie dabei auch Entscheidungsträgern in Manila in die Hände spielen. Dabei haben sich Gewaltstrukturen herausgebildet, die auch in den eigenen Reihen verstärkt Gewinner und Verlierer schaffen.

Diese Zustände werden durch demografische Veränderungen gefördert, die das wirtschaftliche und politische Profil dieser Teile Mindanaos weiter stark beeinflussen. Die Region zeichnet sich durch eine hohe Geburtenrate aus sowie eine Abwanderung der Moro in die Ghettos von Manila, Cebu, Davao und in andere urbane Regionen, wo ein Ausweg aus der Armut jedoch genauso unwahrscheinlich ist wie in den vom Konflikt betroffenen Regionen Mindanaos. Dabei scheint eine Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Situation in weiter Ferne, solange Stabilität und Frieden nicht gesichert sind.

»In Manila werden Brücken gebaut, obwohl es keine Flüsse gibt. Über unsere Flüsse in Mindanao führen bis heute keine Brücken.«

Ein Datu des indigenen Stammes der B'laan, Provinz South Cotabato, Mindanao

Die diesem Zustand zugrunde liegenden Ursachen werden dabei zumeist über die Wahrnehmung kultureller, religiöser und ethnischer Unterschiede interpretiert. Eine damit einhergehende Stereotypisierung des »Anderen« führt zudem zu einem Spannungsverhältnis zwischen den verschiedenen Gruppierungen, das als eine Kluft zwischen Muslimen und Christen, zwischen Tradition und Moderne, zwischen Fundamentalisten und Gemäßigten in einer Weise dargestellt wird, die den Verdacht nahelegt, dass in Mindanao ein sogenannter »Kampf der Kulturen« vorherrscht. Umso wichtiger ist es, über ein besseres Verständnis der historischen Hintergründe eine gemeinsame Geschichte herauszuarbeiten, in der alle Bewohner Mindanaos ihren Platz haben. ■

Francisco Lara Jr.

1.3 Die Internationalisierung des Bangsamoro-Konfliktes

Im Mai 2000, als die Offensive der philippinischen Streitkräfte zur Vertreibung der Moro Islamic Liberation Front (MILF) aus ihrem Hauptquartier in Mindanao den Höhepunkt erreicht hatte, erklärten die Moro-Rebellen einen einseitigen Waffenstillstand, um tote Kämpfer und Zivilisten zu bergen. Als das Rote Kreuz bereit war, zu diesem Zweck in die Kampfzone vorzudringen, wurde den Helfern vom Befehlshaber der philippinischen Streitkräfte und von der Regierung in Manila das Eingreifen untersagt. Ein Regierungssprecher erklärte, man wolle diesen bewaffneten Konflikt, bei dem es sich nach Ansicht Manilas um eine rein interne Auseinandersetzung handelte, nicht durch eine Beteiligung des Roten Kreuzes »internationalisieren«. Der Moro-Konflikt ist jedoch schon längst internationalisiert, denn das Vorgehen in Politik, Entwicklung und seit Kurzem auch im militärischen Bereich wurde oder wird von internationalen Akteuren mitbestimmt und beeinflusst. Die strategische Rolle der internationalen Gemeinschaft bei der Gestaltung der politischen Agenda des Konflikts lässt sich zum Beispiel sehr gut daran erkennen, wie die damals noch ungeteilte Moro National Liberation Front (MNLF) dazu bewegt wurde, ihre Forderung nach einer völligen Abspaltung ihrer Gebiete vom philippinischen Staat auf einen Autonomie-Status zurückzuschrauben.

Die OIC und Tripolis

Die MNLF wurde gegründet, um für einen unabhängigen Staat des Moro-Volkes (Bangsamoro) zu kämpfen. Als ihr Kampf 1975 militärisch ins Stocken geriet, schaltete sich die Organisation der Islamischen Konferenz (OIC) ein: Sie übergab der MNLF das sogenannte Working Paper of the Committee of Four (Arbeitspapier des Vierer-Komitees aus Senegal, Libyen, Saudi-Arabien und Somalia), in welchem sie die Freiheitskämpfer dazu aufforderte, ihren Anspruch auf einen unabhängigen Staat fallen zu lassen und sich stattdessen mit einem Autonomie-Status einverstanden zu erklären, der als Selbstverwaltung im Rahmen der nationalen Souveränität und territorialen Integrität der Philippinen definiert war.

Trotz der ablehnenden Haltung der MNLF-Führung wurde schließlich 1976 im Vertrag von Tripolis ein autonomes Moro-Gebiet beschlossen und rechtsverbindlich anerkannt. Seither haben die OIC und ihre einzelnen Mitgliedstaaten den Moro-Aufstand in politischer, moralischer und sogar materieller Hinsicht zwar unterstützt; andererseits hat aber auch ihr strategischer Einfluss dafür gesorgt, dass der Ruf der Moro nach Unabhängigkeit unterdrückt wurde. Dies erklärt sich dadurch, dass beispielsweise die OIC-Mitgliedstaaten Malaysia und Indonesien, die durch ihre Ver-

mittlungsbemühungen bei den Friedensverhandlungen eine Schlüsselrolle im Moro-Konflikt spielten, selbst mit Abspaltungsbestrebungen und ethnischen Unruhen innerhalb ihrer nationalen Grenzen kämpfen. Daher liegt es in ihrem Interesse zu demonstrieren, dass der politische Rahmen einer Autonomie und Selbstverwaltung funktionieren kann.

Frieden und Entwicklung in Mindanao

Die internationale Staatengemeinschaft hat zudem Einfluss auf die Entwicklungspolitik in der Region genommen, und zwar insbesondere nach dem durch Indonesien vermittelten Friedensabkommen von 1996 zwischen der MNLF und der philippinischen Regierung. Noch bevor der Friedensvertrag unterzeichnet wurde, hatte das United Nations Development Program (UNDP) bereits kleinere sozioökonomische und Existenzsicherungsprojekte in direktem Kontakt mit einzelnen Moro-Rebellen gestartet. Durch diese Projekte wurden die Kämpfer mit Kapital, Landbesitz und technischer Ausrüstung unterstützt, um ihnen den Übergang vom Dasein des Kämpfers auf der Flucht zum Leben eines sesshaften Zivilisten, der für seinen Lebensunterhalt selbst sorgen kann, zu erleichtern. Bald darauf folgten diesem Beispiel andere große Geberländer wie die Europäische Union und einige ihrer Mitgliedstaaten wie Großbritannien und Spanien sowie die Amerikaner über die United States Agency for International Development (USAID).

Seit 2001 überwacht Malaysia als dritte Partei die Friedensverhandlungen zwischen GRP und MILF und stellt den größten Teil der internationalen Beobachtermission





Diese Geber-Organisationen hatten im Grunde die Absicht, den Moro-Kämpfern Anreize zum Rückzug aus dem Konflikt anzubieten. Es investierten aber nicht nur westliche Staaten in den Philippinen. Malaysia beispielsweise pumpte mehrere Millionen Dollar in den Bau von Palmölplantagen in den Lanao-Provinzen. Libyen unterstützt seit Langem kleine Infrastrukturprojekte. Der indonesische Präsident Suharto stellte eine Erleichterung des Exports von Produkten aus Moro-Regionen nach Indonesien, dem bevölkerungsreichsten muslimischen Land der Welt, in Aussicht. Dieser Plan war zwar sehr vielversprechend, wurde jedoch nie umgesetzt, weil Suharto kurz darauf im Jahre 1998 seines Amtes enthoben wurde.

Der Einfluss der Entwicklungshilfe als Mittel zur Festigung des Friedens ist sehr umstritten. Obgleich die Geber-Organisationen bzw. -Staaten in der Tat dringend benötigte Hilfsmittel in die Moro-Regionen lieferten, handelte es sich bei den meisten Projekten nicht um umfassende Wiederaufbauprogramme, sondern lediglich um Überbrückungsmaßnahmen. Darüber hinaus wurde das Ausmaß der Zerstörung, nicht nur der Infrastruktur in diesem Gebiet, sondern auch des gesellschaftlichen Gefüges, enorm un-

terschätzt. Viele Projekte scheiterten beispielsweise daran, dass es vor Ort keine Wirtschaftsfachleute gab – die meisten Vertreter der gebildeten muslimischen Mittelschicht waren während des nun schon seit mehr als einer Generation anhaltenden Konflikts bereits in sicherere Regionen ausgewandert. Ein weiterer Kritikpunkt liegt darin, dass vielfach vor allem muslimische Eliten von den Projekten am meisten profitierten, weil kaum Anstrengungen unternommen wurden, um die Entwicklungshilfe in erster Linie den am stärksten betroffenen Menschen und Regionen zukommen zu lassen. Das malaysische Palmölprojekt etwa erschwerte die mit einer Landreform verbundenen Probleme noch, anstatt sie zu lösen.

»Selbstbestimmung? Was bedeutet das überhaupt? Selbst wenn ein Teil Mindanaos den Anspruch auf weiter reichende Autonomiebefugnisse oder sogar Unabhängigkeit durchsetzen könnte, würde sich nichts ändern. Die Armen blieben arm und die Reichen würden immer reicher.«

Ein muslimischer Student aus der Provinz Lanao del Sur, ARMM

Der Kern des Moro-Konflikts ist die Landfrage. Dennoch wurde dieses Thema von der Entwicklungspolitik bislang noch nicht sorgfältig genug angegangen. Einerseits liegt das »Mindanao-Problem« darin begründet, dass größtenteils christliche Siedler bei ihrer Suche nach Land mit indigenen Bevölkerungsgruppen der Moro oder Lumad in Konflikt geraten. Seit den 1970er Jahren hatten es sowohl die Moro-Führung als auch die philippinische Regierung wegen der Komplexität dieses Themas und aus Furcht vor einer radikalen Polarisierung der verschiedenen Akteure vermieden, die Landfrage in die Friedensverhandlungen mit einzubeziehen. Insbesondere die Lumad finden in diesem Konflikt wenig Gehör, weil ihre politische Vertretung schwächer ist als die der Muslime. Aber auch sie zählen zu den Hauptakteuren, deren Ansprüche nicht einfach beiseitegewischt werden konnten. Die Moro-Führung hat versucht, der Unruhe unter den Lumad sowie den meist von christlichen Siedlern erhobenen rechtlichen Streitfragen mit einer Neudefinition des Begriffs Moro zu begegnen: Sie vertritt die Ansicht, dass nicht nur Muslime, sondern auch Lumad und christliche Siedler unter den Moro zu finden sind und so einen berechtigten Anspruch auf Landbesitz haben. So hat die MNLF nun auch Lumad und Christen in ihrem Führungsgremium. Einige zivilgesellschaftliche Organisationen unterstützen auf dem langen Weg zum Frieden den sogenannten Tri-People-Approach, an dem Muslime, Lumad und Siedler beteiligt werden. Hier wurde versucht, den Interessen dieser Gruppen gleichermaßen Rechnung zu tragen.

Staatliche und nicht-staatliche Akteure

Seit den Terroranschlägen vom 11. September 2001 werden Maßnahmen der Entwicklungszusammenarbeit zunehmend mit sicherheitspolitischen Aspekten verknüpft. Das gilt besonders für das Engagement der Amerikaner. Derzeit sind nichtkämpfende US-Einheiten in den Moro-Regionen stationiert, und zwar insbesondere dort, wo sich Kämpfer der militanten islamistischen Organisation Abu Sayyaf mit Verbindungen zu al-Qaida aufhalten. Das militärische Ziel der Amerikaner besteht darin, das philippinische Militär bei der Verfolgung der Abu-Sayyaf-Kämpfer zu unterstützen; außerdem soll die wirtschaftliche Situation der Region verbessert werden, damit die Bevölkerung eine bessere Perspektive erhält und so weniger dazu neigt, Gruppierungen wie die Abu Sayyaf zu unterstützen. Nun beschäftigen sich auch internationale Nichtregierungsorganisationen mit den Problemen auf den Südp Philippinen. Die meisten unterstützen lokale NGOs, die sich beispielsweise in Capacity-Building-Projekten engagieren, mit deren Hilfe lokale Gemeinschaften dazu befähigt werden, ein größeres Mitspracherecht bei der Gestaltung der Entwicklungspolitik zu erlangen – einem Feld, das zu wichtig ist, um es allein Politikern und Geber-Organisationen

zu überlassen. Lokale Friedensgruppen setzen sich nicht nur für nationale Mechanismen wie die Bishops-Ulama Conference, sondern auch für einen interreligiösen und interethnischen Dialog an der Basis ein. Probleme und Angelegenheiten der Lumad erhalten dadurch viel mehr Aufmerksamkeit und Gewicht. Einige NGOs tragen zur Lösung spezieller Probleme bei: Die Organisation International Alert etwa hat einen internationalen Austausch über die Rolle des Militärs, der Polizei und der Geheimdienste ins Leben gerufen. Conciliation Resources mit Sitz in London ist Partnerschaften mit verschiedenen lokalen Gruppen eingegangen, um den interreligiösen Dialog, das Capacity Building oder vergleichendes Lernen im Friedensprozess zu fördern. Darüber hinaus ist Conciliation Resources zum Beobachter der laufenden, unter der Vermittlung Malaysias geführten Friedensverhandlungen zwischen der MILF und der philippinischen Regierung geworden. Auf wirtschaftlicher Ebene finden zunehmend Konferenzen wie das von der USAID unterstützte Mindanao Peace and Investment Forum im November 2009 statt.

Zusammenfassend ist festzustellen, dass es wie Ironie anmutet, wenn die philippinische Regierung zwar jegliche Internationalisierung des Moro-Konflikts ablehnt, sie vom bisherigen internationalen Engagement aber zumeist profitiert hat. Beispielsweise hat das Engagement internationaler Organisationen zur Autonomie und nicht zur Unabhängigkeit der Moro-Gebiete geführt; und dank entwicklungspolitischer Maßnahmen seitens der internationalen Gemeinschaft haben die in den Moro-Regionen lebenden Verbündeten der Elite von Manila tatsächlich mehr Macht erhalten. Der Moro-Konflikt im Süden der Philippinen ist internationalisiert – die politische Tagesordnung, die Menschenrechtspolitik, die Entwicklungspolitik und die Militärpolitik werden in gewissem Maße, einige mehr als andere, von internationalen Akteuren mitbestimmt. Jedoch scheint sich allmählich eine vielversprechendere Form des internationalen Engagements zu etablieren. Über Landesgrenzen hinweg entstehen immer mehr People-to-People-Kontakte, also persönliche Kontakte, die auf gleichberechtigteren und transparenteren Beziehungen aufgebaut sind. Die aus diesen Beziehungen hervorgehenden Projekte versprechen einen nachhaltigeren Einfluss auf den Friedensprozess, setzen sich mit den eigentlichen Ursachen des Konflikts auseinander und erlauben der armen und gefährdeten Bevölkerung ein größeres Mitspracherecht bei Entscheidungen über ihre Zukunft. Auch bei dieser »People-to-People-Internationalisierung« sind noch viele Probleme zu lösen und Meinungsverschiedenheiten zu klären, aber zumindest lässt sich auf diese Weise vieles aus den diplomatischen Fehlern und der internationalen Einflussnahme in der Vergangenheit lernen. ■

Eric Guitierrez

2 Perspektiven des Konflikts

2.1 Die Berichterstattung über Mindanao: Einschätzungen und Perspektiven

Obwohl der Konflikt in Mindanao in der Tat internationalisiert ist, spiegelt sich dies nicht in der Berichterstattung internationaler Nachrichtenmedien wider, die das Thema Mindanao selten aufgreifen. Das mangelnde Interesse internationaler Medien an der Berichterstattung über Mindanao werde auf nationaler und lokaler Ebene noch verstärkt, da sich Journalisten selten über die Hintergründe informieren und so oft unvorbereitet über den Konflikt und den laufenden Friedensprozess berichteten, urteilt Professorin Rufa Cagoco-Guiam, ehemalige Herausgeberin der Zeitung *The Mindanao Cross* in Cotabato City. Laut Guiam seien Rebellen und Soldaten nicht die Einzigen, die den Krieg mitbestimmten – verantwortungslose und leichtsinnige Journalisten täten dies gleichermaßen, wenn sie es versäumten, den geschichtlichen Hintergrund des Konflikts zu recherchieren und die politischen Leitlinien der philippinischen Regierung für die Friedensverhandlungen im Auge zu behalten. So würden Ereignisse oft aus

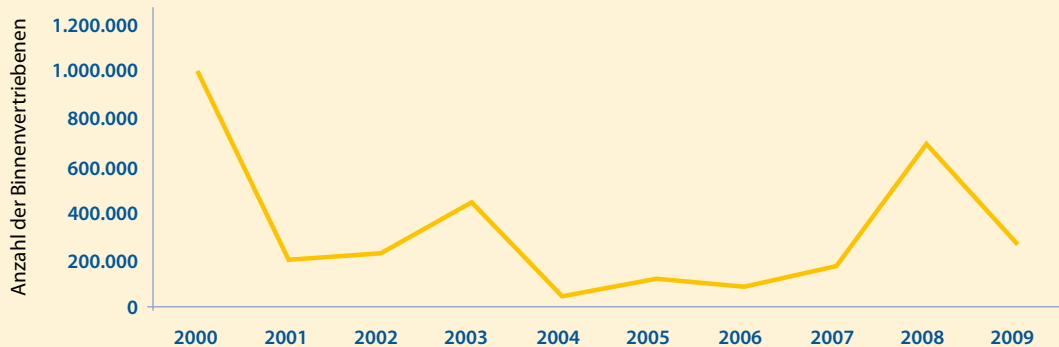
dem Kontext gerissen und vereinfachend dargestellt, obwohl es sich bei den Friedensverhandlungen um einen langwierigen Prozess und kein isoliertes Nachrichtereignis handele.

Wie viele bewaffnete Konflikte hätten im Keim erstickt werden können? Und wie viele mutmaßlich kleine Konflikte haben sich in große Kriege verwandelt, weil die Medien mit ihren Berichten »Öl ins Feuer gegossen« haben? Fast eine Million Dorfbewohner aus dem mittleren Süden Mindanaos wurden im All-Out War (Vernichtungskrieg) im Jahr 2000 vertrieben, rund 400.000 während der gewaltsamen Zusammenstöße im Jahr 2003; im Krieg des Jahres 2008 – laut Internal Displacement Monitoring Centre in Genf (IDMC) der Konflikt mit der im Jahr 2008 weltweit größten Anzahl von Binnenvertriebenen – waren etwa 600.000 Zivilisten gezwungen, ihr Zuhause zu verlassen. Hunderte von Kämpfern wurden in den drei Kriegen getötet. Und mit der wachsenden Zahl der in die überfüllten Evakuierungszentren strömenden Menschen stieg auch die Zahl der Krankheits- und Todesfälle unter den Bakwits (Binnenvertriebene). Milliarden von Pesos wurden für diese Kriege ausgegeben – Gelder, die man besser in die Grundversorgung der Armen investiert hätte.

Meist dominieren Sensationslüsterheit und Einseitigkeit die Berichterstattung der nationalen Medien



Vom Konflikt bedingte Binnenvertriebene



Stand September 2009, Quelle: IDMC 2009

Aber noch beunruhigender als die sichtbaren Folgen des Kriegs sind die unsichtbaren: Nachbarn beginnen einander zu misstrauen, und die ehemals friedliche Koexistenz in vielen Dörfern von Moro, Lumad und Siedlern ist durch gegenseitige Vorurteile bedroht.

Umso tragischer ist, dass die Kriege in den Jahren 2000, 2003 und 2008 – geführt inmitten der Friedensverhandlungen – möglicherweise hätten vermieden werden können. Die Friedenskomitees hatten bereits Deeskalierungsmechanismen entwickelt, die allerdings aufgrund der sich zuspitzenden Lage – auch und gerade durch Zutun der Medien – nicht greifen konnten.

Diese entscheidende Tatsache wurde der Öffentlichkeit jedoch vorenthalten – von Medien, deren Vertreter von den vorhandenen Mechanismen größtenteils selbst nicht wussten oder deren Präsenz ignorierten. Und da liegt die Tragik. Denn es gab hier eine Institution, die dazu hätte beitragen können, die Kriege in den Jahren 2000, 2003 und 2008 zu stoppen – das Sterben, das Verstümmeln und die Flüchtlinge, das Verschwinden von Geldern, die gesellschaftliche Spaltung –, aber sie hat versagt.

Berichterstattung über die Konflikte

Für eine Berichterstattung über die Konflikte in Mindanao muss zunächst geprüft werden, worum es bei diesen Konflikten geht, wer über Mindanao berichtet und welche Medien dafür genutzt werden.

Als es noch kein Internet gab, war die globale Informationsordnung einfach: Internationale Nachrichtendienste diktierten, welche Nachricht für die restliche Welt von Interesse ist, während nationale Zeitungen sowie Fernseh- und Rundfunksender dies auf nationaler Ebene bestimmten.

Generationen von Journalisten in Mindanao haben gefordert, dass Mindanao seine eigene Nachrichtenagenda aufstellen muss. Aber das Telekommunikationssystem außerhalb der Metropolregion Manila war in den 1970er Jahren derart unterentwickelt, dass es wenig Widerstand gegen die Ausrufung des Kriegsrechts durch Ferdinand Marcos versprach. Bis zum Januar 2001 hatte sich die In-

frastruktur enorm verbessert, sie war vielfältiger geworden, sodass es beispielsweise möglich war, per SMS Tausende von Menschen zu Protestaktionen zu versammeln und letztendlich einen korrupten Präsidenten zu stürzen – den ehemaligen Filmschauspieler Joseph Estrada, der im Jahr 2000 einen All-Out War gegen die Moro Islamic Liberation Front geführt und vor den Wahlen 2010 versprochen hatte, als Präsident zurückzukehren, um sein »Werk zu vollenden« – den Krieg gegen die MILF.

Mit den verbesserten Telekommunikationsmöglichkeiten begannen die Medien, eine noch größere Rolle zu spielen. Im Jahr 2002 trafen sich die kommunalen Zeitungsherausgeber sowie Fernseh- und Rundfunkmanager von Mindanao zum ersten Mediengipfel (1st Mindanao Media Summit) und unterzeichneten eine gemeinsame Erklärung (Our Covenant – Unsere Verpflichtung), in der sie sich zu einer verantwortungsvollen Berichterstattung verpflichteten. Im Jahr 2008, auf dem vierten Mindanao Media Summit, ging es um das Thema »Mindanao 2020: Die Vision beginnt mit uns« – ein Aufruf an die Medien, die Zukunft Mindanaos mitzugestalten.

Dennoch dominieren in der Medienlandschaft Mindanaos nach wie vor die nationalen Medien. Die überwiegende Zahl befindet sich in der Hauptstadt, einige wenige in den Regionen, und die Gebiete der Moro und Lumad sind kaum vertreten. Wenn bedeutende Ereignisse in Mindanao publik werden, schicken die meisten Sender und nationalen Zeitungen ihre Reporter aus Manila – ohne oder nur mit äußerst knappen Hintergrundinformationen über die Situation oder die Geschichte Mindanaos.

»Verteidigungszone«

Für die nationalen und internationalen Mediennetze ist Mindanao einfach nur eine »Verteidigungszone« oder Kriegszone. Ein Autor hat Mindanao gar als »Heimat der weltweit größten Universität des Terrors« bezeichnet – als ob auf jedem Quadratzentimeter unserer 26 Provinzen und 33 Städte tagtäglich Bomben explodieren würden. Mindanao wurde als Heimat aller Moro-Befreiungsfronten und ihres Kampfes für Gerechtigkeit und Selbstbestim-

mung bezeichnet, was historisch begründet ist: Mindanao ist angestammtes Siedlungsgebiet der Moro. Hier gab es zwei florierende Sultanate – Sulu und Maguindanao – mit eigenen Regierungssystemen, bis die Spanier eintrafen, um diese Gebiete zu erobern, und – als dies fehlschlug – die Inseln, die heute die Philippinen darstellen, im Jahr 1898 im Rahmen des Vertrags von Paris für 20 Millionen Dollar an die Vereinigten Staaten verkauften, einschließlich der nicht kolonisierten Teile Mindanaos.

Solche historischen Fakten werden von den meisten Autoren kaum beachtet. Aber die enormen technologischen Fortschritte und die Versorgung mit Nachrichten rund um die Uhr sollten die Journalisten veranlassen, ihre Verantwortung ernster zu nehmen. Häufig wird die Genauigkeit dem Wettbewerb der Medien um die Aufmerksamkeit der

Öffentlichkeit geopfert; was zählt, ist, wer »exklusive Nachrichten« als Erster platzieren kann, nicht unbedingt, wer sich dabei auf Fakten stützen kann. Mittlerweile bemühen sich Mediengruppen in Mindanao und dem übrigen Land allerdings zunehmend darum, dass Journalisten ethische Grundsätze beachten.

Während auf nationaler und internationaler Ebene Presse und Fernsehen die Medienberichterstattung dominieren, ist es in Mindanao nach wie vor das Radio. Darüber hinaus haben immer noch weite Teile Mindanaos keinen Internetzugang, sodass dieses Medium nur eingeschränkt genutzt werden kann. Aber mit zunehmendem Fortschritt im Bereich der Telekommunikation haben Reporter, auch Radioreporter, die Möglichkeit, problemlos Kontakt zu »Nachrichtenquellen« herzustellen, auch zu Funktionären des Militärs und sogar zu Rebellenführern.

Das »Ampatuan-Massaker«

Das »Ampatuan-Massaker« – der »größte von Reporter ohne Grenzen jemals dokumentierte Vorfall dieser Art«*:

2009 stiegen die Philippinen zum weltweit gefährlichsten Land für Journalisten auf. Bei einem politisch motivierten bewaffneten Überfall in der Provinz Maguindanao auf Mindanao wurden im November 2009 insgesamt 57 Menschen, darunter 32 Journalisten, auf brutale Weise getötet. Sie hatten sich dem Konvoi eines Politikers angeschlossen, dessen Familienmitglieder seine Kandidatur für das Gouverneursamt anmelden wollten und damit die Vorherrschaft des von der Regierung unterstützten, mächtigsten Clans der Region, den Ampatuans, herauszufordern wagten. Tatsächlich besteht der dringende Verdacht, dass das Blutbad auf das Konto der Miliz des amtierenden Gouverneurs geht.

Gegen insgesamt 197 Verdächtige, darunter 23 Mitglieder der einflussreichen Ampatuan-Familie, wurde inzwischen Anklage wegen Beteiligung, Planung und Ausführung des Massakers erhoben. Kritische Stimmen aus Zivilgesellschaft und Politik befürchten indes, dass Gerechtigkeit und die vollständige Aufklärung des Falles politischen Seilschaften und der schon so oft beklagten Ineffizienz des Justizsystems und der »Kultur der Straflosigkeit« zum Opfer fallen könnten.

* Reporter ohne Grenzen (2009): Kriege und umstrittene Wahlen. Die gefährlichsten Themen für Journalisten. Die Reporter ohne Grenzen Jahresbilanz 2009. URL: <http://www.reporter-ohne-grenzen.de/fileadmin/rte/docs/2009/Bila2009.pdf> (abgerufen am 12.04.2010)

Berichterstattung über die ARMM

Der ehemalige Präsidentenberater Paul Dominguez bezeichnet die in der Autonomous Region in Muslim Mindanao (ARMM) liegenden Provinzen Lanao del Sur, Maguindanao, Basilan, Sulu und Tawi-Tawi als »Zweites Mindanao«, im Gegensatz zum »Ersten Mindanao«, das die entwickelten, vom Konflikt nicht oder nur geringfügig betroffenen Gebiete umfasst.

Eine Berichterstattung über die ARMM ist gewissermaßen eine Berichterstattung über Mindanao aus der Distanz: Es gibt im gesamten Land und selbst innerhalb von Mindanao nur sehr wenige Moro-Reporter. Die Berichterstattung erfolgt größtenteils durch Nicht-Moro-Reporter, die ihre eigenen Sichtweisen und Vorurteile haben, was die Berichte färben kann.

Eine weitere Einschränkung ist dadurch gegeben, dass es sich bei drei der fünf ARMM-Provinzen um Inseln handelt (Basilan, Sulu und Tawi-Tawi) – weit entfernt vom Festland und mit überwiegend staatlicher Medienpräsenz.

Die Berichterstattung von den Inseln erfolgt somit im Wesentlichen durch das Militär oder die Polizei (erwartungsgemäß über die Sicherheitssituation), die ihre Berichte an ihr regionales Hauptquartier in Zamboanga City im westlichen Mindanao senden, von wo aus die Medienzentren in den Nachbarstädten und im übrigen Land versorgt werden. Selten nur machen sich Journalisten die Mühe, die Informationen und deren Quellen auf den Inseln zu prüfen.

Kein Geschichtsverständnis

Die Geschichte zu verstehen, ist jedoch unabdingbar, um die Gegenwart zu begreifen und die Zukunft willkommen zu heißen. Seit 1988 hat es unzählige Seminare zur Berichterstattung über den Konflikt oder den Frieden in Mindanao gegeben; dennoch ist heute – 22 Jahre später – die Berichterstattung über Mindanao immer noch unzulänglich.



Um die Aufmerksamkeit der Medien auf die verheerende Flüchtlingssituation zu lenken, organisieren NGOs Informationstreffen für Journalisten in Mindanao

Warum? Unsere Geschichte wurde von Kolonisatoren geschrieben. Die meisten Philippinos wissen nicht einmal, dass es in Mindanao zwei Sultanate gab, bevor die Kolonialmächte Spanien und später die USA ins Land kamen, um den Archipel unter ihre Kontrolle zu bringen. So verstehen auch nur sehr wenige, worum es bei den Revolten und Rebellionen in Mindanao eigentlich geht.

Heutzutage lässt sich diese Ignoranz jedoch nicht mehr entschuldigen. Allein zwischen 2000 und 2009 wurden einige Hundert Bücher über Mindanao veröffentlicht, die vielfach von Mindanawon verfasst wurden und sich mehrheitlich mit Geschichte, Rebellion und Friedenskonsolidierung befassen.

Reporter als Akteure für den Frieden

Angesichts all der Verbesserungen im Bereich der Telekommunikation und der zahlreichen Seminare über die Konflikt- und Friedensberichterstattung stellt sich die Frage, warum die Berichterstattung über Mindanao immer noch mangelhaft ist. Ein ehemaliger leitender Mitarbeiter eines großen Fernsehsenders hat dafür eine einfache Erklärung: Geschichten über Mindanao – abgesehen von den üblichen Schlagzeilen über Krieg und Gewalt – »bringen keine Quote«, was in der Welt der Fernseh- und Rundfunksender bedeutet, dass sie auch nicht gezeigt bzw. gesendet werden müssen.

So reicht der Platz, den manch nationale Zeitung für Nachrichten aus den Regionen außerhalb der Metropolregion Manilas zur Verfügung stellt, für all die Korrespondenten

in den verschiedenen Landesteilen kaum aus. Neuigkeiten wie ein Bombenanschlag irgendwo im Hinterland von Mindanao haben daher größere Chancen auf Veröffentlichung als ein Bericht über ein Wasserwerk irgendwo in Mindanao, obwohl es das Leben Tausender Einwohner verbessert. Statt Einfluss auf die Nachrichtenpolitik in Mindanao zu nehmen und über andere Aspekte zu berichten, füttern die Redakteure aus Mindanao die Medienzentren in Manila weiterhin mit solchen Nachrichten, die dort Vorrang haben, und tragen so dazu bei, dass sich das Bild von Mindanao als konfliktgeplagter Region im nationalen und internationalen Bewusstsein festsetzt – und das Problem der Berichterstattung über Mindanao bestehen bleibt.

Die Medien sollten gemeinsam mit der Zivilgesellschaft auf eine verantwortungsvolle Berichterstattung über Mindanao drängen. In der genannten Erklärung der Medien – einem mittlerweile acht Jahre alten Dokument – wurde betont, dass wir als Journalisten aus Mindanao »eine entscheidende Rolle bei der Gestaltung der Zukunft Mindanaos spielen«. Dort heißt es: »Wir sind diejenigen, die die Nachrichten verbreiten und interpretieren. Aber wir sind auch bedeutende Akteure auf dem Weg zum Frieden in Mindanao. Wir wollen die Berichterstattung über Mindanao, die sich aktuell auf Terrorismus, Krieg, Kriminalität und sonstige Formen der Gewalt konzentriert, neu ausrichten – hin zu einer realistischen, ausgewogenen und wahrheitsgetreuen Berichterstattung über das Leben, die Initiativen, Beziehungen, Probleme, Leiden, Träume und Siege unseres Volkes.« ■

Carolyn O. Arguillas

2.2 Die Wahrnehmung des Mindanao-Konflikts in der philippinischen Bevölkerung

Anfang August des Jahres 2008 brach in den Philippinen ein Sturm der Entrüstung los, als die Unterzeichnung des Memorandum of Agreement on Ancestral Domain (MoA-AD), das nach elfjährigen Vorverhandlungen der Auftakt zur Ausarbeitung eines umfassenden Friedensvertrags gewesen wäre, plötzlich gestoppt wurde.

Das Memorandum löste starke Reaktionen aus: Christliche Politiker verurteilten das MoA-AD öffentlich als Dokument, das lediglich zur Abtretung eines Territoriums der Philippinen an die MILF und somit zur »Zerstückelung« des Landes führen würde. Die Lumad lehnten die Vereinbarung ab, weil sie nicht hinzugezogen wurden und den Verlust ihres angestammten Siedlungsgebiets befürchteten. Wütend über die Nichtunterzeichnung des MoA-AD befahligen drei MILF-Kommandeure den Angriff auf Ortschaften, die überwiegend von Zivilisten bewohnt waren, und wurden daraufhin ihrerseits von der Regierungsarmee angegriffen, was die Flucht von über 600.000 Menschen zur Folge hatte. Im Oktober 2008 erklärte der Oberste Gerichtshof das MoA-AD für verfassungswidrig.

Der Streit um das MoA-AD hat Muslime und Christen weiter gespalten und tief sitzende Vorurteile und Feindschaften wieder aufbrechen lassen. Darüber hinaus offenbarte er das Ausmaß der Unkenntnis der Bevölkerung über die Friedensverhandlungen und was diesen überhaupt zugrunde lag.

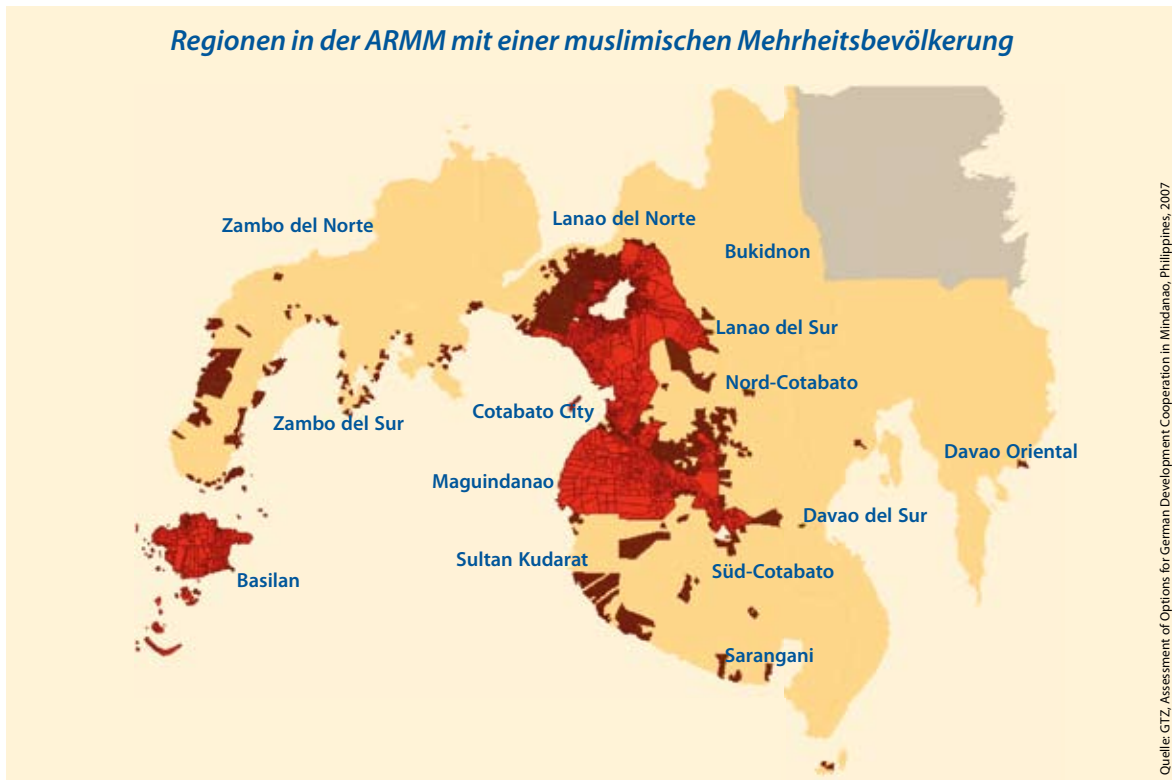
Einschätzungen des Friedensprozesses

Ganz überraschend ist es nicht, dass das MoA-AD auf derart breite Ablehnung stieß. Zunächst einmal sind die komplizierten Gegebenheiten im Mindanao-Friedensprozess für eine Öffentlichkeit, die über dieses Thema kaum informiert wird, nur schwer zu verstehen. Eine 2008 von der Asia Foundation landesweit durchgeführte Umfrage zeigt den geringen Kenntnisstand der Bevölkerung über den Inhalt des MoA-AD, was angesichts der Kompliziertheit des Dokuments und der Tatsache, dass darüber in den Nachrichtenmedien nur sehr kurz berichtet wurde, nicht verwunderlich ist. Darüber hinaus fließen die Informationen aufgrund der Geheimhaltung der Friedensverhandlungen ohnehin spärlich. Die geringen Kenntnisse über den Mindanao-Friedensprozess im Allgemeinen und das MoA-AD im Besonderen führten jedoch zu großer Verwirrung und Missverständnissen in der Öffentlichkeit. Diese neigt ohnehin dazu, sich von Politikern, die die Vereinbarung ablehnen, und deren

In den Konfliktgebieten steht die Zivilbevölkerung dem Friedensprozess hoffnungsvoll und skeptisch zugleich gegenüber.



Regionen in der ARMM mit einer muslimischen Mehrheitsbevölkerung



Quelle: GTZ, Assessment of Options for German Development Cooperation in Mindanao, Philippines, 2007

nationalistischer Rhetorik beeinflussen zu lassen. Eine weitere Untersuchung der Asia Foundation ergab, dass die Bereitschaft der Menschen, sich näher mit dem Konflikt zu beschäftigen, von ihrer Nähe zum Konflikt abhängt: Menschen, die außerhalb der vom Konflikt erfassten Gebiete leben, stehen dem Friedensprozess und generell dem Bemühen um dauerhaften Frieden meistens gleichgültig gegenüber.

Dieselbe Untersuchung zeigt jedoch interessanterweise, dass die Menschen die Friedensgespräche mit überwältigender Mehrheit unterstützen, die sie – im Gegensatz zu Militäraktionen – als Möglichkeit zur Lösung des Konflikts in Mindanao ansehen. Nach Angaben des Berichts geben in Städten und in der Autonomous Region in Muslim Mindanao (ARMM) lebende Muslime der Regierung die Schuld für die Gewalt, die auf die Nichtunterzeichnung des MoA-AD folgte. Die Antworten der Befragten sind jedoch unterschiedlich, abhängig davon, ob sie außerhalb oder innerhalb der ARMM leben. So halten Befragte außerhalb der ARMM die Entscheidung des Obersten Gerichtshofs zur Zurückweisung des MoA-AD für richtig; Menschen, die innerhalb der vorwiegend von Muslimen bewohnten ARMM ansässig sind, lehnen die Entscheidung des Gerichts mehrheitlich ab.

»Moslems sind von Natur aus faul. Sie sagen, die Siedler hätten ihnen ihr Land weggenommen. Aber wir sind keine Diebe. Wir sind nach Mindanao gekommen, um Land zu bebauen. Riesige Flächen fruchtbaren Bodens würden anderenfalls noch immer ungenutzt und brach liegen.«

Ein katholischer Ingenieur aus der Provinz Ilo-Ilo, Visayas

Vor dem Hintergrund der auf die richterliche Zurückweisung des MoA-AD folgenden Gewalt und der Einstellung der Friedensgespräche beschloss die Bishops-Ulama Conference, ein interreligiöses Dialogforum, die Durchführung von »Konsult Mindanaw« – eine Reihe regionenübergreifender Konsultationen, die in erster Linie einen grundlegenden Informationsaustausch zum Ziel hatte und die verschiedenen Streitpunkte der Friedensgespräche entsprechend dokumentieren sollte. Über 4.000 Moro, Lumad und Christen aus verschiedenen Regionen Mindanaos nahmen daran teil, um den anderen ihre Vorstellungen vom Frieden mitzuteilen und Empfehlungen für die laufenden Friedensgespräche zwischen der philippinischen Regierung und der MILF zu geben.

»Die gegenwärtige Autonome Region Muslimisches Mindanao (ARMM) ist eine einzige Farce. Sie ist nichts als ein administrativer Mechanismus der Regierung. Sobald es um die Erschließung und Nutzung der natürlichen Ressourcen geht, ist ihr jegliche Kontrolle entzogen. Wo bleibt da die Autonomie?«

Ein Datu des indigenen Stammes der B'laan, Provinz South Cotabato, Mindanao

Während der Konsultationen brachten die Teilnehmer ihre starken Gefühle zum Ausdruck, die von Wut, Misstrauen, Enttäuschung und Frustration bis hin zu Verwirrung, Sorge und Angst angesichts des ihrer Ansicht nach vergeblichen Friedensprozesses reichten. Die Meinungen sind geteilt: Viele unterstützen unbeirrt die Weiterführung des MoA-AD; eine ebenso große Anzahl ist der Ansicht, dass das MoA-AD überarbeitet werden muss; an-

dere hingegen schlagen vor, das gesamte Konzept aufzugeben. Dennoch fordern alle Teilnehmer wegen der Not und des Leids der Zivilisten und der Kosten des Krieges einmütig die Wiederaufnahme der Friedensgespräche und bestehen auf ihrem Recht, am gesamten Friedensprozess mitzuwirken und darüber informiert zu werden.

»Als ich klein war, haben meine Eltern immer zu mir gesagt, dass ein Moro kommen und mir etwas Schlimmes antun würde, wenn ich nicht artig wäre. Meinen Freunden ging es genauso. Und wenn Moslems in der Nachbarschaft wohnten, rieten uns die Erwachsenen, vorsichtig zu sein, weil Moslems Diebe und Verräter seien.«

Eine christliche NGO-Bildungsbeauftragte aus der Provinz Misamis Oriental, Mindanao

Während der Diskussionen wurden jedoch immer wieder voreingenommene Ansichten und Vorurteile der Gruppen untereinander offenbar. Die Menschen in Mindanao mit ihrem ganz unterschiedlichen ethnischen Hintergrund sehen sich selbst häufig als Muslime oder Moro, Christen, Siedler, Lumad oder Indigene, die in ihren jeweiligen Volksgruppen interkulturelle Konflikte erlebt haben. Aufgrund unterschiedlicher Sprachen, Religionen, Werte, Wünsche und Bedürfnisse entstehen Missverständnisse, die sich im Laufe der Zeit zu Vorurteilen ausbilden. Da diese verschiedenen Haltungen sowohl Ursache als auch Folge von Gewaltkonflikten sind, muss man gerade an diesen Denkweisen arbeiten, um die Fähigkeiten der Menschen zum harmonischen Zusammenleben inmitten der Verschiedenheit und zur gewaltfreien Lösung lokaler Konflikte zu fördern.

Vorurteile und Klischees

Der Mindanao-Konflikt hat den in der Regel ohnehin benachteiligten Muslimen und Lumad vor allem Leid und Schmerz gebracht. Einst waren sie die Ureinwohner der Insel, aufgrund der in der Vergangenheit verfolgten Umsiedlungspolitik der Regierung konnten jedoch christliche Einwanderer aus den nördlichen Teilen der Philippinen in einem Ausmaß auf Mindanao siedeln, dass die Christen dort heute eine Mehrheit stellen. Früher geltende Gesetze, die den Grundbesitz regelten, waren insofern diskriminierend, als sie Christen gegenüber Nicht-Christen bevorzugten, was ebenfalls zur Enteignung Letzterer führte. Wegen dieser Erfahrungen fühlten sich die Moro und Lumad ihrer Lebensgrundlage beraubt und ungerecht behandelt, und diese Gefühle wiederum waren Auslöser gewaltsamer Auseinandersetzungen. So zählen beispielsweise die in den 1970er Jahren ausgebrochenen Kämpfe zwischen der christlichen Bürgerwehr, den »Ilagas« (Ratten), und der muslimischen Miliz, den »Blackshirts«, sowie

die Angriffe auf die Zivilbevölkerung bis heute zu den dunkelsten Kapiteln der Geschichte Mindanaos.

Diese von Muslimen und Christen gleichermaßen erlittenen schrecklichen Erlebnisse und schmerzlichen Erinnerungen rufen immer noch starke Emotionen hervor und spalten weiterhin die Gemeinden. Laut Charlie Inzon enthalten die unter Christen verbreiteten Klischees ein abwertendes Bild von den Muslimen, die als schlecht, schwierig, feindlich, arm und traditionsverhaftet beschrieben werden. Andererseits zeigen Muslime negative Einstellungen gegenüber Christen und insbesondere gegenüber der philippinischen Regierung. Muslime bezeichnen Christen als Ungläubige, Landdiebe, Siedler und »baboy« (Schweine). Diese vorgefassten Einstellungen und Überzeugungen halten sich selbst noch nach über drei Jahrzehnten unverändert.

»Ich wünsche mir, dass die Menschen ihre Differenzen eines Tages vergessen können. Frieden kann es nur geben, wenn die Diskriminierung zwischen Moslems und Christen ein Ende hat. Im Moment ist das jedoch unmöglich.«

Eine katholische Studentin (Restaurant- und Hotelmanagement) aus der Provinz Davao del Sur, Mindanao

Die vorstehenden Untersuchungsergebnisse stimmen mit Umfragen überein, die ein stark antimuslimisches Vorurteil bei vielen Philippinos belegen. Der Philippine Human Development Report (PHDR) des UNDP von 2005 zeichnet ein alarmierendes Bild der offenkundigen Diskriminierung von Muslimen. Im Laufe der PHDR-Untersuchungen berichteten die Menschen über ihre persönlichen Erfahrungen und Erlebnisse, wie Muslimen Arbeitsplätze und Studienmöglichkeiten verwehrt und sie in der Öffentlichkeit ignoriert oder mit herablassenden, schockierenden Kommentaren konfrontiert wurden – zum Beispiel, wie es denn käme, dass sie so »gut« seien, obwohl sie doch »Muslime« seien. Nach dem Bericht ist ein erheblicher Prozentsatz der Christen (33 bis 39 Prozent) gegenüber Muslimen voreingenommen, ungeachtet der Tatsache, dass nur etwa 14 Prozent von ihnen direkten Kontakt zu Muslimen haben.

Eine Mehrheit (62 bis 71 Prozent) der auf den Visayas, der mittleren philippinischen Inselgruppe, lebenden Befragten ist der Ansicht, dass Muslime in der Regel folgenden gängigen Stereotypen entsprechen: Sie unterdrücken Frauen, neigen zu Amokläufen, hassen Nicht-Muslime, sind Terroristen oder Extremisten und betrachten sich selbst nicht als Philippinos.

Vorurteile und Klischees werden jedoch von verschiedenen Faktoren bestimmt, das heißt, sie lassen sich nicht auf eine eindeutige Ursache zurückführen. Sie entstehen aus verschiedenen Gründen, darunter soziale, kulturelle und psychologische Faktoren. Insbesondere Angst ist eine der wichtigsten Ursachen für Vorurteile. Der »Andere« lässt



Nach 13 Jahren Friedensverhandlungen zwischen GRP und MILF fordern Vertreter aus Zivilgesellschaft und NGOs vor allem Aufrichtigkeit von beiden Parteien

eine Angst vor dem Unbekannten, dem Ungewohnten entstehen. Michelle Maiese beschreibt die Situation so: »Wenn Angst der Vater des Vorurteils ist, dann ist Unwissenheit ihr Großvater.«

Einschätzungen bezüglich der Ursachen des Konflikts

Sozialpsychologische Untersuchungen zum Mindanao-Konflikt lassen erkennen, dass Muslime und Christen den Konflikt von unterschiedlichen Positionen und Lebensgeschichten aus wahrnehmen und dementsprechend anders bewerten. Die an den Rand gedrängte muslimische Bevölkerung ist der Ansicht, dass der Konflikt strukturell bedingt ist: Ihre Vertreibung, die Tatsache, dass sie in der Regel keinen Grundbesitz haben, und der Verlust ihres Rechts auf Selbstbestimmung sind für diese Bevölkerungsgruppe die Hauptursachen. Nach den Beobachtungen von Montiel und Macapagal schreibt die Mehrheit der Christen den Mindanao-Konflikt menschlichem Fehlverhalten wie Korruption und moralischem Verfall sowie soziokultureller Diskriminierung zu.

Eine bedeutende Rolle spielen auch die Bemühungen um den Aufbau einer ausschließlichen Identität, da der gegnerischen Seite bestimmte Charakterzüge unterstellt werden. Verschiedene Untersuchungen bestätigen das Bild: Christen halten die Muslime für unterdrückende, gewalttätige und machthungrige Menschen, während Muslime sich selbst als von der christlich dominierten philippinischen Regierung und generell von den christlichen Philippinos unterdrückt fühlen. Die Lumad halten ihrerseits sowohl die Muslime als auch die Christen für Aggressoren und ordnen sich selbst als friedliche und nicht gewalttätige Volksgruppe ein, die im Kreuzfeuer zwischen den Muslimen und Christen gefangen ist.

Um diese tief verwurzelten Vorurteile aufzubrechen, muss die friedensorientierte Zivilgesellschaft Mindanaos interkulturelles Verständnis und die Überwindung von Vorurteilen und Stereotypen weiterhin zu Schwerpunkten ihrer Bemühungen machen. In ihrem Abschlussbericht fordert die Initiative Konsult Mindanaw »Sensibilität« als ersten Punkt auf der Agenda des Friedensprozesses in Anerkennung der vielschichtigen Vorurteile, der schmerzlichen Erfahrungen der Diskriminierung, Enteignung, Vernachlässigung, Beleidigung, Falschdarstellung, Abstempelung und Ächtung, die auf fehlendes Verständnis historischer Verbrechen und mangelndes Einfühlungsvermögen in die Identität, Kultur und Tradition anderer Bevölkerungsgruppen zurückgehen.

»Unser Landkonzept kennt keine privaten Besitzrechte oder Grundbucheinträge. Wenn wir aber von einem umfassenden und endgültigen Friedensvertrag ausgeschlossen werden, dann ist die nächste Rebellion aus den Reihen der indigenen Bevölkerung zu erwarten.«

Ein Datu des indigenen Stammes der B'laan, Provinz South Cotabato, Mindanao

Ein wichtiger Teil des Friedensprozesses ist die Forderung nach Anerkennung des »Rechts auf Selbstbestimmung« und nach Selbstverwaltung der Moro und Lumad innerhalb ihrer angestammten Siedlungsgebiete. Ziel dabei ist, historisches Unrecht wiedergutzumachen und gleichzeitig eine Lösung dafür zu finden, wie die Bevölkerungsgruppen auf Mindanao zu einem gemeinsamen Frieden gelangen können. Darüber hinaus schlägt Konsult Mindanaw vor, das Gewohnheitsrecht der indigenen lokalen Bevölkerung und ihre Friedensvereinbarungen untereinander gründlich zu prüfen und in einen Dialog mit der offiziellen Geschichtsschreibung zu setzen. ■

Charina Sanz

Fußnoten

- Inzon, Charlie M. (2009). »Positioning Theory in the History of an Intergroup Conflict: The Case of the Central Mindanao Conflict.« *Kamahardikaan Journal VII*. Jolo, Sulu: Notre Dame of Jolo College.
- Maiese, Michelle (2005). »Emotions.« *Beyond Intractability*. Eds. Burgess, Guy and Burgess, Heidi. Conflict Research Consortium, University of Colorado, Boulder. Eingestellt: Juli 2005.
- Montiel, Cristina Jayme and Macapagal, Maria Elizabeth J. (2006). *Effects of Social Position on Societal Attributions of an Asymmetric Conflict*. *PRIO Journal of Peace Research*, Band 43, Nr. 2, 219–227.

2.3 Wege zum Frieden

In den frühen Jahren der Marcos-Diktatur, gegen Ende der 1960er und in den 1970er Jahren, gab es in Mindanao kaum zivilgesellschaftliche Gruppen, die in der Lage waren, sich der Herausforderung der Friedenskonsolidierung zu stellen, um die Gewalt, die in den späten 1960er Jahren in Teilen Mindanaos eskaliert war, zu stoppen oder wenigstens zu minimieren. Die Medien wurden vom Staat stark zensuriert, akademische Einrichtungen vom Militär streng überwacht. Man war zwar damals allgemein der Auffassung, dass der Staat zu den Gewaltausbrüchen beitrug, um die Verhängung des Kriegsrechts zu legitimieren, doch die wenigen seinerzeit existierenden Nichtregierungsorganisationen gingen »auf Nummer sicher« und ignorierten das Gewaltproblem. Basisorganisationen gab es noch nicht. Und die Kirchen scheuten sich ebenfalls, Staub aufzuwirbeln. Es wurde daher nichts unternommen, um zur Konfliktlösung beizutragen.

Die Anfänge zivilgesellschaftlicher Friedenskonsolidierung

Die wachsende Opposition gegen die Marcos-Diktatur führte schließlich ab den späten 1970er Jahren zu einer Art Zivilgesellschaft, die offenen Widerstand gegen die Kriegsherrschaft leistete – trotz der damit verbundenen Gefahren. Anfangs widmete sie sich den fortgesetzten eklatanten Menschenrechtsverletzungen seitens des Militärs und den damit zusammenhängenden Problemen,

die in erster Linie die Bauern, Landarbeiter und Fischer sowie die arme und indigene Bevölkerung in den Städten betrafen. Heute befassen sich die Akteure der in jener Zeit entstandenen zivilgesellschaftlichen Gruppen mit der zunehmenden Gewalt in der Region Muslim Mindanao (ARMM) und engagieren sich für Friedenskonsolidierung, Konflikttransformation und den interreligiösen Dialog. Die Ersten, die auf das Gewaltproblem in Mindanao reagierten, waren die Kirchen, und zwar sowohl die katholische als auch die evangelische. Aufgrund ihrer Präsenz in den Basisgemeinden sahen die Kirchenführer die Notwendigkeit, Initiativen zu ergreifen. Aufseiten der katholischen Kirche wagten Bischöfe, Priester, Ordens- und Laienführer Mitte der 1970er Jahre einen neuen Vorstoß und verstärkten ihre Präsenz in den Moro- und Lumad-Gemeinden, um einen Dialog des Lebens und Glaubens zu führen.

Verschiedene Faktoren verstärkten die Intensität, mit der dieser Dialog geführt wurde. Erstens: Die Kriegsherrschaft brachte das Leben der Mindanawon völlig durcheinander. Zweitens: Auf der Mindanao-Sulu Pastoral Conference (MSPC), einer alle drei Jahre stattfindenden Konferenz, kamen Kirchenleute aus sämtlichen Diözesen zusammen, um sich über ihre Situation auszutauschen und Antworten zu finden. Auf ihrer Tagung im Jahr 1974, die unmittelbar nach den Massenevakuierungen im Zuge der Kampfhandlungen zwischen Regierungstruppen und der Moro National Liberation Front (MNLF) abgehalten wurde, berieten die Delegierten, was sie zum Abbau der Spannungen und zum Frieden beitragen könnten. Drittens: Der mittlerweile verstorbene Bischof Bienvenido Tuddud von Marawi und sein Seelsorgeteam begannen mit der Ausarbeitung eines Programms für den interreligiösen Dialog an der Basis.

Interreligiöser Dialog des Lebens und Glaubens

Bischof Tuddud, der den Islam studiert hatte und unter Muslimen lebte, war einer der Ersten, der die Herausforderung, in Lanao del Sur einen interreligiösen Dialog aufzunehmen, ernst nahm. Zusammen mit den Priestern, Ordensleuten und Laienkräften in der Prälatur Marawi begann er, ein Programm für einen Dialog des Lebens und Glaubens zwischen Christen und Muslimen umzusetzen. Ihm schwebte ein Programm vor, das dazu beitragen würde, die Vorurteile, die beide Gruppen gegeneinander hegten, zu entschärfen und sie zu ermutigen, sich gemeinsam für den Frieden einzusetzen.

Interreligiöse Dialoge und gemeinsame Gebete von Muslimen und Christen sind nur eine von vielen Friedensinitiativen in den Gemeinden



Andere Diözesen ergriffen ebenfalls die Initiative und stellten Dialog-Programme auf. In den späten 1970er Jahren präsentierte die MSPC unter der Leitung von Bischof Tudud das Programm Duyog Ramadhan. Die christlichen Basisgemeinden wurden ermuntert, ihre muslimischen Nachbarn während des Ramadan beim Beten, Fasten und Feiern zu begleiten. Außerdem wurden sie darin bestärkt, ihre gemeinsamen sozialen Probleme wie den Umgang mit gesundheitlichen Schwierigkeiten und den Zugang zu Trinkwasser durch gemeinsame Anstrengungen an der Basis zu lösen. Verschiedene andere Gruppen, Organisationen und Gemeinschaften adaptierten dieses Programm, um Eintracht und Verständnis unter den Mindanawon zu fördern.

Berücksichtigung der Bedürfnisse der indigenen Bevölkerung

Da auch die Lumad im Hochland von Mindanao mit zahlreichen Problemen konfrontiert waren, entsandten die katholische und die evangelische Kirche ihre Seelsorger auch in die indigenen Gemeinden, um die Lumad insbesondere beim Schutz ihrer Rechte auf die angestammten Siedlungsgebiete zu unterstützen. Die Mindanao-Sulu Conference on Justice and Development (MSCJD), ein ökumenischer Zusammenschluss, befasste sich nun mit den dringenden Bedürfnissen der Lumad, die von unterschiedlichen Seiten drangsaliert wurden – von Unternehmen, die in ihre Gebiete eindringen und von den Streitkräften, die ihre Menschenrechte verletzen.

Fortschritte in der Friedensagenda durch People Power

Mit dem Ende der Marcos-Diktatur im Jahr 1986 entstanden weitere Friedensinitiativen, die auf verschiedenen gesellschaftlichen Ebenen Mindanaos systematisch geplant und umgesetzt wurden. Von christlicher Seite gab es eine Bewegung, die katholische und evangelische Bischöfe mit Religionsführern der Muslime (Ulama) zusammenbrachte, um den Dialog und die Zusammenarbeit für den Frieden zu fördern. Heute ist diese Gruppe als Bishops-Ulama Conference (BUC) bekannt. Verschiedene Universitäten und Colleges setzten das Fach »Friedenspädagogik« auf ihre Lehrpläne. Die Medien beschäftigten sich zunehmend mit der Konfliktsituation. NGOs wie die Coalition of Development NGOs und die Tri-People Partnership for Peace and Development (TriPeaceDev) finanzierten Foren, Konferenzen und Seminare, die Vertreter von Regierung und Zivilgesellschaft zusammenbrachten, um über friedensbildende Maßnahmen in Mindanao zu diskutieren. Eine der kirchlichen NGOs, die maßgeblichen Anteil an den Friedensbemühungen hat, insbesondere in der Region Zamboanga-Basilan, ist die Peace Advocates of Zamboan-

ga (PAZ). PAZ, ein Zusammenschluss von kirchlichen Gruppen, Schulen, zivilgesellschaftlichen Friedensbefürwortern und »ganz normalen« Menschen, rief die »Woche für den Frieden« ins Leben. Im Jahr 1999 rief die BUC andere Regionen in Mindanao dazu auf, es PAZ gleichzutun. Seit dem Jahr 2000 begehen nun Menschen aus verschiedenen Bereichen die Mindanao-Friedenswoche – jeweils vom letzten Donnerstag im November bis zum ersten Mittwoch im Dezember. Die vielfältigen Aktivitäten wie Gebetswachen, Besuche in Moscheen und Kirchen, Foren und Symposien, Konzerte und Kunstwettbewerbe, Medienereignisse und Studentenparaden machen die Mindanao-Friedenswoche zu dem Ereignis des Jahres, das die Mindanawon zusammenführt – für den Frieden.

Die Friedensinitiativen an der Basis

Die wichtigste Entwicklung in den 1980er und 1990er Jahren waren jedoch die Initiativen an der Basis, die Initiativen von »ganz normalen« Menschen – von Bauern, Fischern, Hausfrauen, Führern von Glaubensgemeinschaften und jungen Leuten. Manche wurden von kirchlichen Gruppen oder NGOs unterstützt. Andere waren »autark« und konnten Ressourcen und Unterstützung für ihre Aktivitäten mobilisieren, insbesondere von religiösen Gruppen und den Medien; einigen gelang es, Mittel von externen Quellen zu akquirieren. Manche kooperierten mit der Kommunalverwaltung und sogar mit Persönlichkeiten des Militärs; andere wurden von den Streitkräften opponiert – wegen mutmaßlicher Verbindungen zu bewaffneten Rebellengruppen oder einfach aufgrund mangelnder Bereitschaft seitens des Militärs sich für eine friedliche Lösung einzusetzen. Manche dieser Initiativen existierten viele Jahre lang, während andere aufgrund von Führungsproblemen, mangelnden finanziellen Mitteln, fehlender Unterstützung oder anhaltenden gewaltsamen Konflikten, die zur Vertreibung (von Teilen) der Gemeinde führten, keinen Erfolg hatten.

In Maladeg in der Provinz Lanao del Sur ist eine solche Gemeinde, in der normale Bürger – Muslime und Christen – gemeinsam eine Friedenszone eingerichtet haben; ihr Ziel war es, die gewaltsamen Konfrontationen zwischen dem Militär und den Moro-Rebellen zu stoppen, indem sie erklärten, dass Mitglieder der am Konflikt beteiligten Gruppen die Zone nur unbewaffnet betreten könnten. Es begann mit einer kleinen Versammlung im Haus eines der lokalen Anführer und resultierte schließlich in der Gründung einer Organisation, die die Leitlinien einer Friedenszone umsetzt. Der Erfolg dieser Friedenszone mit ihren positiven Auswirkungen auf das gesellschaftliche Leben und die lokale Wirtschaft ermutigte andere Dorfgemeinden, es Maladeg gleichzutun. Solche Initiativen sind insbesondere dann Erfolg versprechend, wenn sich Gemein-

den zusammenschließen und wenn sie Unterstützung von den Medien und der Zivilgesellschaft sowie von lokalen und regionalen Behörden und Befehlshabern bewaffneter Gruppen mobilisieren können. Je größer und vielfältiger die Unterstützung ausfällt, desto höher ist die Wahrscheinlichkeit, dass die Friedenszone respektiert wird.

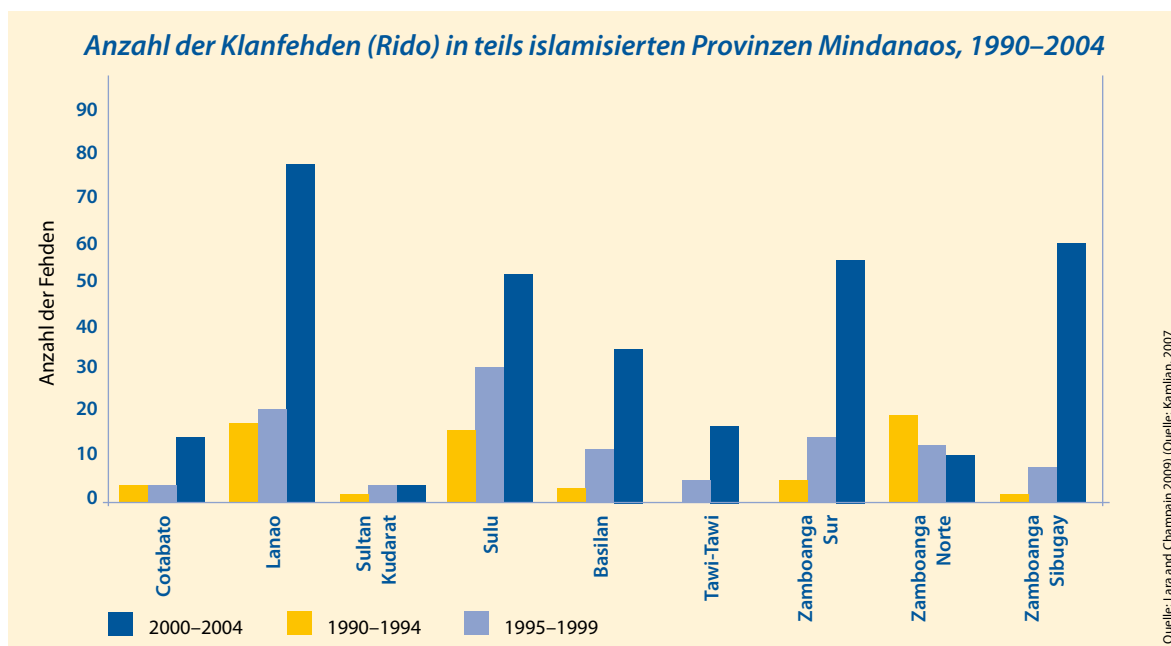
Diese und andere Basisinitiativen sind heute immer noch erfolgreich und in vielen Regionen Mindanaos zu beobachten. In den Moro-Gemeinden – in denen der Rido (Gewalt und Racheakte zwischen Klans, die häufig zu Morden führen) seit Jahrzehnten Tradition hat – formieren sich zunehmend Basisgruppen und -organisationen, die sich in der Konflikttransformation engagieren und ein Zusammenreffen verschiedener zerstrittener Gruppen ermöglichen – in der Hoffnung, die seit Langem bestehenden Konflikte zu lösen, das Morden zu stoppen und in ihren Gemeinden Frieden zu schaffen. Sukudan oder Älteste, traditionelle Führer und Religionsführer wie die Ulama sind die Hauptakteure, wenn es darum geht, Maßnahmen zur Unterbindung der Rido-Praxis zu treffen.

seit Verabschiedung des Mining Act der Willkür der Bergbaufirmen ausgeliefert. Der Weg zum Frieden in den Basisgemeinden des Hochlands besteht heute in der Unterstützung der Lumad bei der Durchsetzung ihrer Rechte.

Der Weg zum Frieden in Mindanao

Seit den späten 1960er Jahren gab es immer wieder Phasen verstärkter Kampfhandlungen zwischen den Regierungstruppen und den Moro-Rebellen. Die Regierung hat vier Jahrzehnte lang versucht, mit den Moro-Rebellen Frieden zu schließen, hauptsächlich durch Friedensgespräche – von der Marcos-Ära (mit der MNLF) bis zur Regentschaft der Präsidentin Arroyo (mit der MILF).

Regierungen wechseln, die Friedensbemühungen bleiben. Sogar das Militär und Kommunalverwaltungen haben sich mit der Einrichtung von Peace and Order Councils – zuständig für ganze Regionen und Provinzen oder einzelne Städte, Gemeinden und Barangays – der Herausforderung der Friedenskonsolidierung gestellt. Die zahlreichen in Min-



In den zahlreichen Lumad-Gemeinden konzentriert sich die Konflikttransformation auf die Problematik der angestammten Siedlungsgebiete und die Wahrung der Kontrolle über ihre Ressourcen. Seit Verabschiedung des Indigenous Peoples' Rights Act (IPRA) im Jahr 1997 haben die Lumad die Möglichkeit, sich die Rechte auf ihre angestammten Siedlungsgebiete über Certificates to Ancestral Domain Titles (CADT) zu sichern – allerdings sind für die Anerkennung der Landbesitzrechte immer noch zahlreiche bürokratische Hürden zu überwinden. Außerdem sind die Lumad

danao ansässigen NGOs, akademischen Einrichtungen und lokalen Gruppen werden den Weg zum Frieden »ausleuchten«.

Die Hoffnung, dass in Mindanao am Ende Frieden herrschen wird, ist in den Herzen und Köpfen der Mindanawon fest verankert. Die vielfältigen Initiativen, die heute in den Basisgemeinden stattfinden, geben Anlass zur Hoffnung, dass sich die Menschen in Mindanao bereits auf dem Weg zum Frieden befinden. ■

Karl M. Gaspar, CSsR

3 (Persönliche) Bestandsaufnahme

3.1 Interview mit Rexall Kaalim

Rexall Kaalim wurde 1969 in der Provinz Davao del Norte geboren und ist heute Friedensaktivist. Er gehört zu den Gründungsmitgliedern von Bantay Ceasefire und koordinierte später deren Aktivitäten. Bantay Ceasefire ist eine zivilgesellschaftliche Initiative, die die Einhaltung von Waffenstillstandsabkommen und die Auswirkungen bewaffneter Auseinandersetzungen zwischen der philippinischen Regierung und der Moro Islamic Liberation Front (MILF) auf die Zivilbevölkerung überwacht. Mittlerweile agiert Bantay Ceasefire in nahezu allen vom Konflikt betroffenen Gebieten. Wir haben Rexall Kaalim zu seinem Engagement im Konfliktgebiet und seiner persönlichen Einschätzung des Friedensprozesses befragt.

Warum haben Sie beschlossen, sich für den Frieden zu engagieren?

Ich wuchs in Davao del Norte auf, einer damals von Gewaltausbrüchen betroffenen Gemeinde. Als ich sah, wie es den Zivilisten erging, beschloss ich, mich im Bereich Capacity Building zu engagieren, um die schutzlosen Gemeinden zu stärken, insbesondere die älteren Menschen, Frauen und Kinder, die am meisten unter dem Konflikt leiden. In den Evakuierungszentren sterben sie an den einfachsten Erkrankungen wie Durchfall und Dehydrierung.

Im Jahr 2003 begann ich, die Evakuierten zu organisieren und sie zu ermutigen, als Zivilisten ihre Rechte auf Schutz durchzusetzen – auf der Grundlage internationaler Rahmenabkommen wie dem humanitären Völkerrecht und den Leitlinien für den Umgang mit Binnenvertriebenen. Dadurch wurde das erste »Bakwit Power«-Event ausgelöst, bei dem Tausende von Flüchtlingen trotz der drohenden Gefahr von Schikanen seitens des Militärs auf die Straßen gingen und einen Waffenstillstand forderten, um in ihre Dörfer zurückkehren zu können. Die Evakuierten, die uns bei der Organisation halfen, bildeten das erste Bantay Ceasefire auf Gemeindeebene, das ursprünglich im Jahr 2003 von NGOs in Mindanao konzipiert wurde. Wir unterstützten sie bei ihren Bemühungen, sich bei der Obrigkeit Gehör zu verschaffen.

Was hat sich seit Beginn Ihres Engagements für den Frieden getan?

Anfangs waren die Mechanismen zum Schutz der Zivilbevölkerung nicht sehr ausgeprägt. Jetzt haben sich die Konfliktparteien darauf verständigt, den Schutz der Zivilbevölkerung in den Aufgabenkatalog des internationalen Beobachtungsteams innerhalb des Friedensprozesses zwischen der philippinischen Regierung und der MILF aufzu-



Rexall Kaalim (Mitte) im Gespräch

nehmen – das ist eine gute Entwicklung. Doch trotz fortgesetzter Friedensgespräche dauern die Kämpfe zwischen Regierung und MILF an. Hinzu kommen weitere Konfliktlinien wie Clanfehden, Führungsstreitigkeiten, Landkonflikte, politische Auseinandersetzungen und zahllose kriminelle Aktivitäten. Es ist äußerst schwierig, sich zu engagieren und den Schutz der Zivilbevölkerung bei Zusammenstößen sicherzustellen.

Durch Engagement und Berichterstattung über die Problematik in den Medien haben wir die Überwachung der Waffenstillstandsabkommen unterstützt. Im Jahr 2005 haben die Hauptkonfliktparteien der Beteiligung zivilgesellschaftlicher Organisationen an der Überwachung ihrer Abkommen zugestimmt. Aber es ist frustrierend, denn obwohl es einen klaren Weg zur Erlangung des Friedens gibt, fangen sie oft wieder am Nullpunkt an. Weder die Regierung noch die MILF leisten einen Beitrag zum Schutz der Zivilbevölkerung, im Gegenteil, NGOs müssen sich selbst finanzieren. Wie also können sie etwas bewirken? Können sie die MILF oder die Regierung dazu drängen, sich auf die Initiative wirklich einzulassen? Außerdem ist es bei philippinischen Regierungen schon fast die Regel, nicht weiterzuverfolgen, was die vorherige Regierung begonnen hat. Wir wissen nicht, was uns die nächste Regierung bringt, denn keiner der Kandidaten hat eine klare Friedensagenda vorzuweisen.

Was sind Ihrer Ansicht nach die eigentlichen Ursachen des Konflikts?

Die Kolonisierung: Sie führte zur Marginalisierung – politisch, wirtschaftlich und gesellschaftlich. Jetzt sagen die Menschen, die eigentliche Ursache des Konflikts sei die Armut – dem kann ich mich aber nicht anschließen. Die kriegerischen Auseinandersetzungen in den 1970er Jahren haben einen großen Teil der örtlichen sozioökonomischen Infrastruktur zerstört, unter anderem das lokale Führungssystem, sodass sich eine Kultur der Korruption etablieren konnte. Darüber hinaus führte die inländische Migration, die Anfang des 20. Jahrhunderts begann, zur Marginalisierung sowohl der islamisierten als auch der nicht islamisierten indigenen Völker. Andererseits sind auch die Siedler Opfer, da sie häufig instrumentalisiert wurden, um den Konflikt zu schüren. Unsere Geschichte muss neu geschrieben werden, damit die Menschen sie erfahren – das geschieht zurzeit, aber es ist ein langwieriger Prozess. Wir müssen die Geschichte konstruktiv reflektieren, statt den Zorn weiter anzuhetzen.

Welche Gruppe ist denn von dem Konflikt am stärksten betroffen?

Im Zusammenhang mit dem Konflikt sind es die Bangsamoro. Was jedoch die wirtschaftliche Verdrängung und Entrechtung angeht, sind es die Lumad, da sie sich in dem Konflikt zwischen den Bangsamoro und der Regierung auf eine Seite schlagen müssen und am Ende trotzdem aus ihren angestammten Siedlungsgebieten vertrieben werden. Die Geschichte zeigt uns, dass sich die Lumad gegen andere Gemeinschaften, die in ihre Gebiete eindringen, nicht zur Wehr setzen; sie neigen dazu, sich einfach zurückzuziehen, bis sie zusammengedrängt in einem kleinen Gebiet leben. Dieses Problem wird derzeit nicht hinreichend angegangen.

Wie können NGOs zur Lösung des Konflikts beitragen?

Ich glaube, dass zivilgesellschaftliche Organisationen einen großen Beitrag leisten können, zum Beispiel was den Schutz der Zivilbevölkerung angeht und die Umsetzung von Waffenstillstandsabkommen wie im Fall des Bantay Ceasefire. Auf der politischen Bühne haben zivilgesellschaftliche Organisationen wie die Mindanao Peoples Caucus ebenfalls Einfluss auf den Friedensprozess genommen, indem sie die Einbindung der Menschen vor Ort in den Friedensprozess ermöglichten. In diesem Prozess ist »Führung« ein wichtiger Faktor, aber der Heilungsprozess bei den betroffenen Gemeinden nach Jahrzehnten voller Feindseligkeit und Hass muss an der Basis erfolgen. Darüber hinaus müssen wir die Infrastrukturen stärken, die den Frieden aufrechterhalten. Zuwendungsgeber stellen die Unterstützung laufender Programme mitunter jedoch einfach ein, und auch interreligiöse Dialoge können nicht fortgesetzt werden, weil die nötigen

Gelder fehlen. Aber derzeit gibt es leider noch keinen Mechanismus, um dieses Problem auch nachhaltig zu bewältigen.

Wie könnten internationale Akteure den Friedensprozess fördern?

Es sollte sich ein Land an diesem Prozess beteiligen, das die Glaubwürdigkeit besitzt, die beiden Parteien wirklich zusammenbringen zu können. Die Beteiligung Malaysias am Friedensprozess wird von einigen Bangsamoro-Vertretern nicht voll unterstützt werden – sie machen sich angesichts der kollidierenden Ansprüche auf Sabah auf der Insel Borneo Sorgen über die wahren Absichten Malaysias. Das Beispiel von Aceh in Indonesien, wo neutrale europäische Länder ohne politische oder wirtschaftliche Absichten den Prozess unterstützt haben, könnte als Modell für Mindanao dienen.

Wie könnte Ihrer Meinung nach eine echte politische Lösung des Konflikts aussehen?

Meiner Meinung nach sollte man im gesamten Land ein föderalistisches System einführen, damit die Vorstellungen aller regionalen Gruppen berücksichtigt werden können. Die Bangsamoro sprechen beispielsweise nicht mehr über Abspaltung. Aber sie haben gewisse Vorstellungen in Bezug auf ihre Kultur, Sitten und Traditionen, die darüber hinaus im östlichen Mindanao anders sind als im westlichen Mindanao. Ich denke, das wäre der richtige Weg für uns.

Was ist Ihre Vorstellung von Frieden in Mindanao?

Ich denke, es wird eine Zeit kommen, in der den Menschen stärker bewusst wird, dass wir eins sind, dass wir neben- und miteinander bestehen müssen, unabhängig von Ethnie und Religion, um als Mindanawon zusammen leben und arbeiten zu können. Dies erfordert auch ordnungsgemäß funktionierende Regierungseinrichtungen und eine Regierung, die die Erfüllung ihrer Pflichten ernst nimmt. Weltweit versuchen immer mehr Menschen, zusammenzukommen und sich zu sozialen, wirtschaftlichen oder politischen Zwecken zu vereinen. Währenddessen sind wir dabei, uns zu entzweien und unser kleines Mindanao zu zerstückeln. Es gibt aber auch ehemals radikale Gruppen in Mindanao, die sich jetzt für den Dialog einsetzen und versuchen, ihre Ziele gewaltfrei zu erreichen, indem sie beispielsweise für die Menschenrechte und einen Politikwechsel eintreten. Das ist für mich ein Zeichen, dass die Zeit des Friedens kommen wird. ■

3.2 Interview mit Lilybeth Ode Sulutan

Lilybeth Ode Sulutan, 23, gehört zur indigenen Bevölkerungsgruppe der Bagobo Tagabawa, deren angestammtes Siedlungsgebiet die Mount Apo Region in der Nähe von Bansalan in Davao del Sur umfasst. Nach dem Schulabschluss arbeitete sie für verschiedene NGOs in Mindanao und engagiert sich seitdem in Gemeinde- und zivilgesellschaftlicher Arbeit. Momentan studiert sie Sozialarbeit am Southern Christian College in Midsayap in der Provinz Cotabato, Mindanao. Wir haben Lilybeth Ode Sulutan zu ihrem Engagement im Konfliktgebiet und ihrer persönlichen Einschätzung des Friedensprozesses befragt.

Sie gehören zu einem der nicht-islamisierten Stämme in Mindanao. Wie sehen Sie den Konflikt in Mindanao?

Bei dem Konflikt in Mindanao geht es in erster Linie um das Land. Für uns ist das Land heilig. Wir glauben, dass nicht die Menschen das Land besitzen, sondern das Land besitzt uns. Wir haben viele Überzeugungen und Traditionen, die wir auch praktizieren; so glauben wir, dass Wasser und Steine eine Seele haben. Wir sind der Ansicht, dass unsere Vorfahren in der Erde, in der wir sie begraben, weiterleben. Und daher haben wir nicht das Recht, diese Erde zu zerstören. Unser Gott Manama hat uns hierher gesandt, um sie zu schützen, und nicht um Konflikte zwischen den Menschen zu schüren.

Wie ist das Leben in Ihrer Gemeinde organisiert?

Wir leben mit christlichen Migranten zusammen, in Frieden und Harmonie, denn wir respektieren ihre Ansichten. Respekt und Verantwortung zählen zu den wichtigsten Werten in unserer Kultur und sind auch von zentraler Bedeutung im Hinblick auf das Engagement für den Frieden – wir müssen die unterschiedlichen Meinungen der Menschen respektieren, egal ob es sich um Bangsamoro, Muslime oder Mindanao-Migranten handelt. Wir können sie nicht fortzuschicken, da wir das Land nicht besitzen. Es ist ein Geschenk von Manama und gehört allen. Wir heißen die Menschen willkommen, aber wir lehnen diejenigen ab, die unser Land zerstören, wie zum Beispiel die Bergbauunternehmen.

Ist Ihre Gemeinde von Bergbau- und sonstigen Erschließungsaktivitäten betroffen?

Ja, zurzeit wird beispielsweise ein Wasserkraftwerk gebaut, und in der Nähe der Baustelle darf niemand wohnen. Landwirtschaft wird in den angrenzenden Gebieten verhindert, so dass die Menschen gegen eine minimale Entschädigung fortziehen müssen. Zwar bietet die Baustelle Arbeitsplätze, und das Kraftwerk wird Strom liefern. Aber was geschieht



Lilybeth Ode Sulutan

nach Abschluss der Bauarbeiten? Die Arbeiter vor Ort werden nicht weiterbeschäftigt, stattdessen werden hoch qualifizierte Arbeitskräfte für den Betrieb des Werks eingestellt. Die Dorfbewohner werden fortgeschickt und sind gezwungen, sich neue Jobs zu suchen, um ihren Lebensunterhalt bestreiten zu können.

Warum werden die Lumad Ihrer Ansicht nach nie in gewaltsame Kämpfe verstrickt?

Die Lumad sind die Erben des Friedens in Mindanao. So nennt man uns, und ich glaube, das stimmt, denn die indigenen Völker waren zu keinem Zeitpunkt an dem Konflikt beteiligt. Wofür wir kämpfen, ist, dass unsere Überzeugungen respektiert werden. Unser Hauptproblem sind nicht die angestammten Siedlungsgebiete, sondern der Schutz der natürlichen Ressourcen in unserem heiligen Land. Wir sind freundliche Menschen und gerne bereit, das Land mit anderen zu teilen, denn es gehört uns nicht, aber es darf nicht zerstört werden. Es hat bereits Fälle gegeben, in denen die indigene Bevölkerung das Fortschreiten der Bergbauaktivitäten erfolgreich verhindert hat. Letztendlich aber können wir diejenigen, die die Macht haben, nicht immer aufhalten.

Werden die Bedürfnisse der indigenen Völker im MoA-AD Ihrer Ansicht nach hinreichend berücksichtigt?

Wenn die Bangsamoro über ihre eigene Regierungsform bestimmen wollen, sollten auch die indigenen Völker über

ihre Regierungsform bestimmen können. Das ist bisher nicht der Fall. Neben der lokalen Regierung haben wir auch Stammesheiler und -führer sowie Häuptlinge. Unserer Geschichte zufolge sind die indigenen Völker und die Bangsamoro Brüder. Es gibt unter den anderen indigenen Völkern zwar auch Muslime, aber wir sind keine islamisierten Bangsamoro.

Was sind Ihrer Ansicht nach die eigentlichen Ursachen des Bangsamoro-Konflikts?

Es ist das Land. Aber einzelne Faktoren werden auch als Konfliktursachen dargestellt, beispielsweise von den Medien, die häufig die Religion als Ursache herausgreifen. Sie bezeichnen die Bangsamoro ganz allgemein als schlechte Menschen. Aber die Bangsamoro sind Menschen wie Sie und ich. Wenn man einen Fehler macht, wird man scharf kritisiert. Aber wenn man etwas Gutes tut, findet es keine Beachtung.

Wer ist am stärksten betroffen von dem Konflikt?

Es sind die Einwohner von Mindanao: die Bangsamoro, die Migranten und die indigene Bevölkerung. Wir sind in unterschiedlichem Maße betroffen, aber letztendlich sind wir alle Menschen, und der Konflikt hat negative Auswirkungen auf uns alle. Außerhalb Mindanaos wird die Insel stets als Konfliktzone bezeichnet. Es ist, als sei man ein Produkt des Konflikts. Die Art und Weise, wie andere einen behandeln und sehen, spiegelt wider, was sie von den Medien hören.

Wie lässt sich in Mindanao Frieden schaffen?

Es gibt viele Organisationen, die an der Basis tätig sind. Bei dem Konflikt geht es auch um Führung, um die Regierungsgewalt. Die Menschen in Mindanao sind diese kriegerischen Auseinandersetzungen wirklich leid. Sie wollen Gerechtigkeit und Frieden, um mit anderen harmonisch zusammenleben zu können. Es ist ein sehr langer, mühsamer Weg, einen solchen Frieden zu erreichen. Letzten Endes wird sich die Regierung dafür einsetzen müssen.

Was ist Ihr persönlicher Beitrag zum Frieden in Mindanao?

In dem Dorf, in dem ich aufgewachsen bin, war ich mit Umweltzerstörung und einer mangelnden sozialen und wirtschaftlichen Infrastruktur konfrontiert. Es gibt dort beispielsweise ein medizinisches Zentrum, das ist nur donnerstags geöffnet, wenn die Krankenschwester Dienst hat. Wir müssen also unsere Krankheiten planen und unseren Körpern sagen, dass sie nur donnerstags krank werden dürfen. (Sie lacht.) Das zeigt, wie schwierig unsere Situation ist. Und ich dachte mir: »Was kann ich tun? Ich möchte etwas ändern.« Nach Abschluss meines Studiums möchte ich daher in meine Gemeinde zurückkehren, die Menschen unterstützen und aufbauen. Ich möchte mich in eine Organisation einbringen, in der ich effektiv arbeiten kann.

Momentan bin ich freiwillige Koordinatorin für das Midsayap Chapter of Peace and Reconciliation Process. Wir organisieren Jugendliche aus verschiedenen Gemeinden von Midsayap, um die um Frieden bemühte Gemeinschaft der Tri-People zu stärken und damit die Vereinigung der Völker in Mindanao zu fördern – der Bangsamoro, der christlichen Migranten und der indigenen Bevölkerung. Eine der Folgen des Konflikts und des Landproblems ist die Bildung einer Kluft zwischen diesen drei Gruppen. Wir wollen die Einheit der verschiedenen Völker innerhalb der kulturellen Vielfalt in Mindanao.

Das verbindende Element ist also, dass Sie und alle diese Menschen Mindanawon sind?

Ja. Das MoA-AD ist eigentlich ein Schritt in die richtige Richtung. So werden die Standpunkte der verschiedenen Gruppen immerhin berücksichtigt, wenngleich dies noch konkretisiert werden könnte. Auch die Umsetzung an der Basis ist unzureichend. Viele der jungen Leute in den Konfliktgebieten, mit denen ich gearbeitet habe, sinnen auf Rache. Aufklärung ist daher dringend erforderlich, denn die Bangsamoro auf Graswurzelebene sind über das Konzept des MoA nicht gut informiert. Sie vertreten die Ansicht: »Das ist unser Land, und ihr Migranten sollt verschwinden.« Deshalb müssen wir weiterhin aufklären, für den Frieden arbeiten und das Engagement für den Frieden fördern. Die Lösung des Konflikts kommt vom Volk. Gleichzeitig müssen wir Netzwerke mit anderen Organisationen und Entscheidungsträgern aufbauen. Es geht darum, die Menschen zusammenzubringen. ■

4. Schritte in eine friedliche Zukunft

Seit über 40 Jahren wird der Konflikt zwischen muslimischen Rebellen und dem philippinischen Nationalstaat gewaltsam ausgetragen. Er wird als einer der am längsten andauernden innerstaatlichen Konflikte weltweit gesehen; dennoch wird ihm international wenig Beachtung zuteil.

Die Beiträge in dieser Broschüre haben versucht, verschiedene Erklärungsansätze dafür zu liefern, dass trotz zahlreicher lokaler Initiativen für eine gewaltfreie Bearbeitung des Konflikts und der fortlaufenden Friedensgespräche zwischen der philippinischen Regierung und der MILF noch kein nachhaltiges Friedensabkommen erreicht wurde.

Die Vielfalt der Beiträge, Perspektiven, Ansätze und Erklärungen macht deutlich, dass dem Konflikt nicht nur eine Konfliktursache zugrunde liegt. Der Kernkonflikt in Zentralmindanao wird durch mehrere Konfliktlinien beeinflusst, wobei unterschiedliche Dynamiken und ein komplexes mehrdimensionales Gewaltsystem zusammenwirken. So sind hier unter anderem die in dieser Broschüre nur am Rande angedeuteten Klanfehden (Rido) zu nennen, die das große Konfliktgeschehen mitbestimmen.

Die Region scheint in einem Kreislauf wiederkehrender Gewalt gefangen zu sein: Auf Kampfhandlungen folgen Waffenstillstandsabkommen, Bereitschaft zu Friedens-

gesprächen und Verhandlungen. Doch letztendlich münden alle Bemühungen wieder in Gewalt, es kommt immer wieder zum Scheitern und wachsendem Frust auf allen Seiten.

Zum einen wird von vielen Beobachterinnen und Beobachtern ein aufrichtiger politischer Wille der Zentralregierung vermisst, eine dauerhafte Lösung zu finden, auch und gerade aufgrund konservativer Elemente in Manila und Mindanao, die um ihren politischen und wirtschaftlichen Einfluss fürchten, wie Zainudin Malang feststellte.

Der erfolglose Ex-Präsident Joseph Estrada kandidierte während der Präsidentschaftswahl 2010 mit einer klaren Agenda für Mindanao, sollte ihm erneut das Präsidentenamt zuteilwerden. Er versprach der Bevölkerung, hart gegen die Rebellen durchzugreifen mit einer Neuauflage des »all-out-war«, den er bereits während seiner ersten Amtszeit 1998 bis 2001 propagierte. Prompt gewann er viele Stimmen in den christlich dominierten Regionen Mindanaos. In Gebieten mit einer muslimischen Mehrheit hingegen verlor er.

Die Kluft zwischen der vorwiegend christlichen Bevölkerung und der muslimischen Minderheit in den Philippinen ist groß. Bestehende und immer wieder reproduzierte Vorurteile in der Gesellschaft lassen es sogar zu, die Konfliktursachen auf eine ausschließlich ethnisch-religiöse Komponente zu reduzieren, Mindanao als Terrorinsel zu bezeichnen und damit auch die Angst vor dem internati-

Ziel des forumZFD ist es, konflikttransformierende und friedensstiftende Initiativen auf Mindanao zu unterstützen

© Steven Griffin



onalen islamistischen Terror zu instrumentalisieren. Somit erhält der Krieg seine legitime Berechtigung, denn große Teile der Mehrheitsbevölkerung sind davon überzeugt, dass die einzige Möglichkeit, den Konflikt zu beenden, darin bestehe, die Kampfhandlungen bis zu einem militärischen Sieg fortzusetzen.

Welche Maßnahmen müssen in zukünftigen Friedensbestrebungen verstärkt ergriffen werden, um in einem solch komplexen Konflikt Frieden wachsen zu lassen?

Die Autoren dieser Broschüre heben im Hinblick auf die momentane Gemütslage der philippinischen Bevölkerung ein wichtiges Element hervor: Es sind wenig Bewusstsein und Wissen sowohl über die historische Dimension und Hintergründe des Konflikts als auch über die Inhalte des Friedensprozesses vorhanden. Dies lässt sich nicht nur auf lokaler Ebene beobachten, sondern auch auf regionaler, nationaler und internationaler. Es fehlt überall an Informationen und Aufklärung über den formalen Friedensprozess und seine zentralen Elemente, was zum Beispiel während des Scheiterns des MoA-AD deutlich wurde. Fehlendes Wissen über die Inhalte des Abkommens hat es dessen Gegnern einfach gemacht, in der Bevölkerung Unsicherheiten und Ängste zu schüren, welche die Abneigungen gegenüber dem Fremden, wie hier zwischen Christen und Muslimen, weiter verstärkten und verstärken.

Ein vielversprechender Ansatz, diese Barrieren zwischen den Bevölkerungsgruppen zu überwinden, ist die in Mindanao an zivilgesellschaftlicher Unterstützung gewinnende Wahrnehmung einer übergreifenden und inklusiven

Identität der Tri-People. Diese ist umso bedeutsamer, da der formale Friedensprozess allein nicht zum Frieden führen kann. Es bedarf einer aufgeklärten Öffentlichkeit, die diese Bestrebungen mitträgt und alle Bevölkerungsgruppen als integrale Bestandteile des philippinischen Nationalstaats ansieht. Nur wenn die von Jahrzehnten des bewaffneten Konflikts gezeichnete Gesamtgesellschaft bereit ist, dem Frieden eine ehrliche Chance zu geben, kann dieser stabil und langfristig wirksam sein. Dem Glauben an die Möglichkeit einer friedlichen Lösung muss erneut eine Grundlage geschaffen werden. Seit dem Scheitern des MoA-AD haben einige zivilgesellschaftliche Organisationen genau an diesem Punkt angesetzt, in der Hoffnung, die auf lokaler Ebene teils vielversprechenden Initiativen zu konsolidieren und auszuweiten.

Auch die Arbeit des *forumZFD* in Mindanao konzentriert sich auf diesen Aspekt des Dialogs und der Schaffung einer Vertrauensbasis für einen Frieden in der Gesellschaft. Die Vielzahl erfahrener und friedensengagierter Akteure und Organisationen in den Philippinen ist ermutigend. Allerdings ist eine verstärkte Vernetzung dieser Akteure für eine bessere Friedensarbeit nötig. Zum einen kann so eine starke und effektive Friedenslobby geschaffen werden, die innerhalb der Philippinen und auf internationaler Ebene eine engagierte Zivilgesellschaft erreicht. Zum anderen kann nur so ein Dialog der regionalen zivilgesellschaftlichen Akteure über gemeinsame Initiativen für einen sozialen Wandel geführt werden. Das *forumZFD* unterstützt den Aufbau von Vernetzungsstrukturen, um bereits existierende und zukünftige Initiativen auf lokaler, regionaler, nationaler und internationaler Ebene zu sichern.

Viele lokale zivilgesellschaftliche Initiativen haben nur geringe Zugänge zu nationalen und internationalen Netzwerken. Auch mangelt es an Kommunikationsstrukturen zwischen Akteuren vor Ort, welche ein klares Bild der Situation vermitteln können, und den Entscheidungsträgern in den regionalen und nationalen Zentren. Daher liegt ein Schwerpunkt des Engagements des *forumZFD* auf der konfliktensiblen Stärkung von lokalen Medienkompetenzen. Nur wenn marginalisierte Bevölkerungsgruppen an der gesellschaftlichen Diskussion partizipieren können, kann die Idee der Tri-People Wirklichkeit werden. Denn, wie Carolyn Arguillas bereits feststellte, zahlreiche Medien in den Philippinen sind selten ausreichend über den Konflikt und seine vielen Facetten informiert und berichten daher oft sehr einseitig über die Situation in den Konfliktgebieten.

Das negative Bild von Mindanao wird dadurch beständig aufrechterhalten und international wie national als gültig empfunden. Hier leisten wir mit Vorträgen, Schüler- und



Daniel Jäger, forumZFD-Friedensfachkraft, im Gespräch mit Alim Bandara, einem Datu der indigenen Bevölkerung



Inge Sauren, Programmleiterin des forumZFD in den Philippinen und ihr Kollege Henning Borchers

Lehrerfortbildungen sowie Kampagnen Aufklärungs- und Bewusstseinsarbeit. So erfahren auch die Menschen außerhalb der betroffenen Gebiete von den vielen Stimmen für den Frieden wie auch von den Opfern des Konflikts, zum Beispiel den Tausenden Binnenvertriebenen.

Das *forumZFD*, seit Ende 2008 mit einem Büro in Davao City und zwei Außenstellen in Zentral- und Nordostmindanao vertreten, unterstützt mit Informations- und Vernetzungsarbeit und der Stärkung konfliktensibler Medienkompetenzen lokale Organisationen und deren Friedensarbeit.

Diese Außenstellen gewähren uns die Nähe zum Konfliktgeschehen und zu einer Zielgruppe, das heißt zu den lokalen Organisationen. Dadurch ist der Zugang zu direkten Informationen aus dem Krisengebiet möglich.

Der Standort in der Großstadt Davao, welche als Eingangstor zu Mindanao gilt, ermöglicht ein Weiterarbeiten mit diesen Informationen auf anderen Ebenen: In Plenen und Foren treffen sich politische Meinungsmacher und wirtschaftliche Akteure. Hier ist der direkte Kontakt zu Medien, Politik sowie Universitäten und Schulen gegeben.

Zum einen wollen wir durch unsere Arbeit das Geschichtsverständnis der Öffentlichkeit in den Philippinen sowie international bezüglich der Ursachen und Auswirkungen des Konflikts sensibilisieren, zum anderen wollen wir dabei auch deutlich aufzeigen: Das vorherrschend negative Bild von Mindanao muss revidiert werden, denn trotz jahrzehntelangen Kampfhandlungen gibt es auch viele ermutigende Episoden aus diesem Teil der Philippinen.

Medienarbeit ist ein besonders wichtiger Bereich unserer Informations- und Vernetzungsarbeit. 2009 beteiligte sich das *forumZFD* bereits an einer Medieninitiative, in deren Rahmen Journalisten aus Davao City und Manila die Konfliktgebiete besuchten, um sich ein eigenes Bild der Lage vor Ort machen zu können. Infolge vermehrter Berichterstattung entwickelte sich eine gesellschaftliche Diskussion,

die von vielen als wichtiger Meilenstein gesehen wurde und die 2009 in der beidseitigen Einstellung der Kampfhandlungen mündete. Noch nachhaltiger ist jedoch die Sensibilisierung von Journalistinnen und Journalisten für eine verantwortungsvolle Berichterstattung, denn so können sie als Multiplikatoren dem negativen Trend der Berichterstattung über Mindanao entgegenwirken. Konfliktensible Medienarbeit ist daher ein zentrales Thema im Ausbau bereits bestehender Aktivitäten.

Was ist eigentlich die Rolle der internationalen Akteure in diesem Konflikt, und wie versteht das *forumZFD* seine Rolle?

Das *forumZFD* kann als allparteilicher Akteur Möglichkeiten wahrnehmen, die vielen anderen Akteuren verschlossen bleiben. Als externe Organisation stehen wir keiner Konfliktpartei näher als der anderen und arbeiten mit allen Akteuren zusammen, die sich für eine gewaltfreie Konfliktbearbeitung einsetzen. Durch unsere internationalen Netzwerke stellen wir Kontakte und Beziehungen zwischen friedensengagierten Gruppen und Individuen im In- und Ausland her. Somit verstärken wir mit einer erhöhten internationalen Aufmerksamkeit auch den Druck auf die Konfliktparteien, den Friedensprozess sowie parallel dazu laufende zivilgesellschaftliche Initiativen stärker wahrzunehmen und zu unterstützen. Als Beobachter von außen und nicht als Teil des Konflikts selbst schauen wir mit einer anderen Perspektive auf die Konflikt dynamiken vor Ort. Erst dadurch ist es uns möglich, Friedensinitiativen konstruktiv beratend zur Seite zu stehen.

Gemeinsam mit den Organisationen vor Ort geben wir denjenigen Menschen eine Stimme, die am wenigsten gehört werden und unter dem Konflikt leiden. In unseren Bemühungen wollen wir marginalisierte Gruppen befähigen, sich als teilhabeberechtigte Akteure zu sehen und als solche auch von außen wahrgenommen zu werden. Ein in deutscher, englischer und Tagalog-Version fertiggestellter Dokumentarfilm ist Teil dieser Bemühungen.

Zudem tragen wir dazu bei, die Arbeit von internationalen Organisationen und lokalen Netzwerken zu koordinieren. Die dadurch entstehenden Kooperationsstrukturen stärken die jeweiligen Einzelinitiativen auf lokaler Ebene und generieren dabei noch zusätzliche Lernmöglichkeiten über die Grenzen der jeweiligen Projekte hinaus – ein unabdingbarer Bestandteil der Nachhaltigkeit und der langfristigen Wirksamkeit dieser Initiativen.

Denn ein nachhaltiger Frieden kann nicht exklusiv sein. Er erfordert Synergien auf allen Ebenen. ■

*Inge Sauren und das Team
des forumZFD in den Philippinen*

Zu den Autorinnen und Autoren

Zainudin Malang

Geboren in Cotabato City und aufgewachsen in Manila, beschäftigt sich Zainudin Malang seit Langem mit der Analyse des Friedenprozesses zwischen den muslimischen Rebellengruppen und der philippinischen Regierung. Er war als Berater für die zuständige Regierungsbehörde (Office of the Presidential Adviser on the Peace Process, - OPAPP) tätig und ist heute aktiv, um zivilgesellschaftliche Bemühungen für einen positiven Frieden zu stärken. Der 43-jährige Rechtsanwalt ist Direktor des Mindanao Human Rights Action Center (MinHRAC), das von verschiedenen NGOs und ihren Menschenrechtsinitiativen in den Konfliktgebieten auf Mindanao getragen wird. Seit März 2010 ist MinHRAC Teil der innerhalb der internationalen Beobachtermission (International Monitoring Team, - IMT) neu eingerichteten Gruppe zum Schutz der Zivilbevölkerung (Civilian Protection Component, - CPC).

Francisco Lara Jr.

Francisco J. Lara Jr. wurde in Manila geboren und ist heute wissenschaftlicher Mitarbeiter des Crisis States Research Centre, einem interdisziplinären Institut für Konfliktforschung an der London School of Economics and Political Science. Zuvor lehrte er unter anderem an der University of the Philippines und arbeitete im Auftrag von NGOs zu entwicklungspolitischen Themen, insbesondere zur philippinischen Agrarreform. Seit 2006 lebt Lara in Großbritannien, wo er zur politischen Ökonomie und Legitimität des Konfliktes in Mindanao forscht und promoviert. International Alert UK hat vor Kurzem seine in Zusammenarbeit mit Phil Champain durchgeführte Untersuchung über den Zusammenhang von Konflikt- und Wirtschaftsdynamiken im muslimisch dominierten Teil Mindanaos veröffentlicht (Inclusive Peace in Muslim Mindanao, April 2009).

Eric Gutierrez

Eric Gutierrez aus Quezon City im Norden der Philippinen ist Experte für den Moro-Konflikt in Mindanao. Er ist Hauptautor der Bücher »Rebels, Warlords and Ulama: A Reader on Muslim Separatism and the War in Southern Philippines« (Institute for Popular Democracy, Quezon City, 2000) und »The Moro Conflict: Landlessness and Misdirected State Policies« (East-West Center, - Washington DC, 2003). Er hat mehrere Artikel in wissenschaftlichen Journalen veröffentlicht, unter anderem über neue Formen privatisierter Gewalt in Mindanao. Gutierrez hat in London, Malawi und Südafrika gelebt und ist seit 1998 für internationale NGOs tätig. Derzeit lebt er mit seiner Familie in der Nähe von Frankfurt/Main und arbeitet als freiberuflicher Redakteur, Berater und Wissenschaftler.

Carolyn O. Arguillas

Carolyn O. Arguillas ist Journalistin und leitete von 1991 bis 2001 das Büro der größten philippinischen Tageszeitung in Mindanao. Zusammen mit anderen Mitarbeitern gründete sie in ihrer Heimatstadt Davao City das Mindanao News and Information Cooperative Centre (MNICC), das unter anderem die Online-Newsplattform MindaNews betreibt.

Charina Sanz

Charina Sanz, 42, aus Davao City ist Autorin, Forscherin und Rechtsanwältin und arbeitet seit Kurzem für das *forumZFD* in den Philippinen. Sie gehört zu den Autoren von Konsult Mindanaw, einem von der Bishops-Ulama Conference (BUC) angestoßenen Dialogprojekt, und ist Mitglied des Projektmanagement-Teams von Dialogue Mindanaw. Die Initiative führt unter Einbindung des Office of the Presidential Adviser on the Peace Process (OPAPP) regionale Konsultationen zu den Friedensverhandlungen zwischen der philippinischen Regierung und der MILF durch.

Karl M. Gaspar

Karl M. Gaspar gehört der Ordensgemeinschaft der Redemptoristen an und lebt in Iligan City, Mindanao. Er engagiert sich seit fünfzig Jahren für die Friedenskonsolidierung, Konflikttransformation und den interreligiösen Dialog zwischen den Moro- und Lumad-Gemeinden in Mindanao. Während der Marcos-Diktatur war Gaspar als politischer Gefangener 22 Monate lang inhaftiert. Neben seinem Engagement für den Frieden setzt er sich für Gemeindeförderung und die Förderung ökologischen Bewusstseins in den Gemeinden ein. Darüber hinaus unterrichtet er an verschiedenen Schulen und Seminaren in Mindanao und hat eine Reihe von Büchern veröffentlicht, unter anderem »How Long? Prison Reflections«, »A People's Option: To Struggle for Creation«, »The Lumad in the Face of Globalization«, »To Be Poor and Obscure« und »Mystic-Wanderers: In the Land of Perpetual Departures«.

Inge Sauren

Inge Sauren arbeitet als Programmleiterin des *forumZFD* auf Mindanao in den Philippinen. Als Heilpädagogin arbeitete sie zuvor mit traumatisierten Kindern und Jugendlichen und war in der Elternberatung tätig. Im Jahr 2008 qualifizierte sie sich zur Friedensfachkraft und Konfliktberaterin. Seitdem lebt sie in Davao City und betreut von dort aus die drei Standorte Davao, Cotabato und Butuan des *forumZFD*.

Abkürzungs- und Begriffsverzeichnis

AFP Armed Forces of the Philippines Streitkräfte der Philippinen

ARMM Autonomous Region in Muslim Mindanao 1989 gegründete autonome Region, die derzeit die mehrheitlich muslimisch bevölkerten Provinzen Basilan, Lanao del Sur, Maguindanao, Sulu und Tawi-Tawi sowie die Stadt Marawi umfasst

Barangay Kleinste Verwaltungseinheit in philippinischen Ortschaften (etwa Bezirk)

BJE Bangsamoro Juridical Entity Vorläufiger Name der im MoA-AD (s. u.) vorgesehenen neuen Rechtseinheit der muslimisch dominierten Gebiete mit weit reichenden Autonomiebefugnissen

Bakwit Binnenflüchtlinge, die durch den militärisch ausgetragenen Konflikt zwischen AFP und MILF (s. u.) gezwungen wurden, ihre Heimatdörfer zu verlassen

Bangsamoro Begriff für die »Nation des Volkes der Moro« und Bezeichnung der von der MILF beanspruchten Gebiete im Süden der Philippinen

BUC Bishops-Ulama Conference Zusammenschluss christlicher und muslimischer Kirchenführer, die einen interreligiösen Dialog führen

CPC Civilian Protection Component Aus lokalen und internationalen NGOs bestehende Gruppe mit dem Auftrag, den Schutz der Zivilbevölkerung zu überwachen

Datu Titel und hierarchischer Status der fürstlichen Oberhäupter von Gemeinschaften in der Sozialstruktur islamisierter und indigener Bevölkerungsgruppen in den Philippinen

First Nation u. a. im MoA-AD verwandter Begriff sowohl für die indigene als auch muslimische Bevölkerung Mindanaos, der ihnen den politischen Charakter einer souveränen Nation mit Rechten und Pflichten zuschreibt

GRP Government of the Republic of the Philippines Zentralregierung der Philippinen mit Sitz in Manila

IDP Internally Displaced Person Binnenvertriebene oder -flüchtlinge

IMT International Monitoring Team Internationale Beobachtermission, die den Waffenstillstand zwischen MILF und GRP überwacht

Lumad Kollektive Bezeichnung der indigenen, nicht-islamisierten Bevölkerung Mindanaos, umfasst ca. 18–23 verschiedene Stämme

MILF Moro Islamic Liberation Front Rebellenarmee der Moro, gegründet 1977, nachdem Unstimmigkeiten über den moderater gewordenen Kurs der MNLF (s. u.) und ihrer Bereitschaft zur Akzeptanz einer Teilautonomie zu einer Abspaltung führten

Mindanawon Bewohner der Insel Mindanao

MNLF Moro National Liberation Front In den späten 1960er Jahren gegründete Rebellenarmee der Moro mit dem ursprünglichen Ziel, einen unabhängigen Staat Bangsamoro zu erschaffen

MoA-AD Memorandum of Agreement on Ancestral Domain Übereinstimmung zwischen der Regierung und der MILF bezüglich des angestammten Landes der Moro sowie der Lumad aus vorkolonialer Zeit, die im August 2008 vom Obersten Gerichtshof der Philippinen verhindert wurde

Moro Ursprünglich aus dem Spanischen stammende und auch im philippinischen Kontext abwertend gemeinte Bezeichnung von Muslimen, die von der Unabhängigkeitsbewegung positiv umgedeutet wurde und heute von ihren Anhängern als identitäts- und einheitsstiftender Begriff verwendet wird; der Begriff Moro umfasst neben der religiösen auch die historisch-politische Dimension des Widerstandes der philippinischen Muslime gegen Fremdherrschaft

PHP Philippinischer Pesos Währung in den Philippinen (oft nur angegeben als Pesos). Umrechnungskurs zum Zeitpunkt der Erstellung der Publikation ungefähr 1 EUR = 57 PHP.

Rido Fehde zwischen Familienklans, die u. U. mit Gewaltanwendung ausgetragen wird

Tri-People Begriff für die Gemeinschaft der drei großen Gruppierungen in Mindanao, der Muslime, der indigenen Bevölkerung und der christlichen Siedler

Ulama Muslimisch-religiöser Führer

Ausgewählte weiterführende Literatur

Amnesty International, Shattered Peace in Mindanao. The Human Cost of Conflict in the Philippines (2008), <http://www.amnesty.org/en/library/asset/ASA35/008/2008/en/66dc6dde-a5ad-11dd-98b9-d503e38a5523/asa350082008eng.pdf>, Zugriff: 09.04.2010.

Gaspar, Karl M., Lapad, Elpidio A. und Maravillas, Ailynne J., Mapagpakamalinawon: A Reader for the Mindanawon Peace Advocate, Davao City, AFRIM Publications (2002).

Graf, Arndt, Kreuzer, Peter und Werning, Rainer, Conflict in Moro Land. Prospects for Peace? Universiti Sains Malaysia (2009).

Guterrez, Eric et al., Rebels, Warlords, and Ulama: A Reader on Muslim Separatism and the War in Southern Philippines, Quezon City (2000).

IDMC (2009a), Cycle of conflict and neglect. Mindanao's displacement and protection crisis. A profile of the international displacement situation, [http://www.internal-displacement.org/8025708F004BE3B1/\(httpInfoFiles\)/2487E9AEA0AA9B91C1257665005CE8F4/\\$file/Philippines+-+November+2009.pdf](http://www.internal-displacement.org/8025708F004BE3B1/(httpInfoFiles)/2487E9AEA0AA9B91C1257665005CE8F4/$file/Philippines+-+November+2009.pdf), Zugriff: 09.04.2010.

Jubair, Salah, The Long Road to Peace. Inside the GRP-MILF Peace Process, Davao City (2007).

Kreuzer, Peter, Der Bürgerkrieg in den Philippinen, Frankfurt (2008), http://www.hsfk.de/fileadmin/downloads/Standpunkte-3-2008_bildschirmoptimiert.pdf, Zugriff: 21.04.2010.

Lara, Francisco J. und Champain, Phil, Inclusive Peace in Muslim Mindanao. Revisiting the Dynamics of Conflict and Exclusion (2009), http://www.international-alert.org/pdf/Inclusive_Peace_in_Muslim_Mindanao_Revisiting_the_dynamics_of_conflict_and_exclusion.pdf, Zugriff: 09.04.2010.

Santos, Soliman et al., Primed and Purposeful. Armed Groups and Human Security Efforts in the Philippines, Geneva (2010).

Timonera, Bobby, Soldiers for Peace. A Collection of Peacebuilding Stories in Mindanao, Cagayan de Oro City (2010).

UNDP, Peace and Conflict Prevention: Human Security (2005), http://hdr.undp.org/en/reports/nationalreports/asiathepacific/philippines/Philippines_2005_en.pdf, Zugriff: 12.04.2010.

UNDP, Philippine Human Development Report (2009), <http://hdrn.org.ph/2009/05/21/20082009-philippine-human-development-report-2>, Zugriff: 20.04.2010.



Forum Ziviler Friedensdienst e.V.
Abteilung Projekte und Programme

Wesselstraße 12
53113 Bonn

Telefon: 02 28 85 02 96-50
Fax: 02 28 85 02 96-99

kontakt@forumZFD.de
www.forumZFD.de